



Drei Viertel der Deutschen wollen eine sofortige Migrationswende!

VON MARCUS SCHMIDT



Bild von © Clker-Free-Vector-Images auf Pixabay

Eine aktuelle Umfrage des INSA-Instituts zeigt, dass die Bundesregierung seit längerer Zeit nicht mehr im Sinne ihrer Bürger handelt. 74 Prozent der Deutschen prangern deutlich an, dass die Ampel-Regierung völlig unzureichend gegen die illegale Migration vorgeht.

Sogar bei Grünen-Wählern teilen immerhin 46 Prozent der Befragten diese Ansicht. Diese Zahlen verdeutlichen vor allem eines: Die Ampel-Parteien und auch die CDU regieren an den Bürgern vorbei und offen gegen die Interessen der Bürger.

Die Menschen sind angesichts der völlig unkontrollierten Masseneinwanderung alarmiert; Kriminalität insbesondere Messer-Kriminalität ist inzwischen so angewachsen, dass die Sorge der Menschen vor Gewalttaten größer wird. Auch soziale Spannungen, ob auf der Straße, in Ämtern, in Krankenhäusern und woanders im öffentlichen Leben verschärfen sich und unser Sozialstaat steht finanziell vor dem Zusammenbruch.

Städte wie Mannheim, Bad Oeynhausen, Wolmirstedt, Gera stehen exemplarisch für die brutale und oftmals auch blutige Realität im vermeintlichen Migrationsparadies.

Migrationspolitik muss die Sicherheit und den Wohlstand des eigenen Landes priorisieren, bevor Arbeitskräfteeinwanderung, sofern Notwendigkeit für diese besteht, erfolgen kann.

Dazu gehören auf jeden Fall strikte Grenzkontrollen, konsequente Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern, ein sofortiges Ende des unkontrollierten Familiennachzugs wie er beispielsweise durch eingeflogene angebliche Ortskräfte aus Afghanistan praktiziert wird – auch gefälschte Dokumente scheinen dabei kein Problem für

die Ab- und Einreise darzustellen. Diese Art Einwanderung muss unverzüglich gestoppt werden. Auch die Umwandlung von Geldleistungen zu Sachleistungen würden Anreize finanzieller Art deutlich reduzieren.

Es kann nicht angehen, dass die angeblich etablierten Parteien in Regierungsverantwortung den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung offenbar inzwischen bewusst ignorieren, um eine andere Gesellschaft zu schaffen. So sieht es aus. Die Parteien im Bundestag müssen den deutlichen Druck aus der Bevölkerung aufnehmen und die Ampel-Regierung daran hindern, die Identität, Sicherheit und Finanzkraft dieses Landes mittel- und langfristig zu zerstören und sie stattdessen zwingen, endlich wieder geltendes Asyl- und Ausländerrecht durchzusetzen!

Jedes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung geht verloren

Gleiches fordert auch Armin Schuster, Staatsminister des Inneren aus Sachsen am 3.7.2024 in seiner Rede im Bundestag anlässlich der Aktuellen Stunde zum Thema „Ursachen und Konsequenzen der Tat in Bad Oeynhausen“.

Er berichtet über die Lage in den Bundesländern, über wachsende Gewalttaten, Tötungsdelikte und steigende sexuelle Übergriffe auf Frauen und Mädchen.

Hier handele es sich keinesfalls nur um Einzelfälle sondern das sei Alltag und nicht nur die Spitze des Eisberges sondern der Eisberg selbst und zwar mächtig.

Es reiche längst nicht mehr aus, mit Trauerflor an Polizeiwagen herumzufahren und wenn Bürgermeister oder Minister wegen getöteter Kollegen mit den Angehörigen trauern. Das geht ans Herz aber die Politik ist eindeutig verantwortlich für

Schutz und Sicherheit der Bevölkerung. Man dürfe nicht wieder zur Tagesordnung übergehen.

Auch die Kriminalstatistik belege das Thema Gewalt eindeutig und in den Ländern stemme man sich dagegen; mit Polizei, Verbotszonen, Präventivprogrammen in Angsträumen; aber nur gegen die Auswirkungen dieser Politik aber die Ursachen seien ebenso klar.

Wir hätten eindeutig viel zu viele Täter mit asylmigrantischer Herkunft, insbesondere Syrer und Afghanen und in Sachsen noch viele aus den Magreb-Staaten, darunter viele auffällige Mehrfach- und Intensiv-Straftäter. Vor den Auswirkungen dieser Politik wäre bereits 2015 gewarnt worden. Inzwischen habe die liberale, aber fehlgeleitete Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung uns allen ein veritables Problem beschert. Die Bevölkerung verlöre jedes Sicherheitsgefühl und Vertrauen in die Politik.

Auch wenn Migranten jede Integration verweigerten und das durch indiskutables Verhalten wie türkische Fußballspieler und Fans mit Wolfszeichen demonstrierten, dann müssten sie raus.

Und wenn aber Frau Faeser die Integrationsleistungen kritisiere, dann seinen damit auch ihre eigenen 15 rotgrünen Integrationsminister gemeint. Ebenso dürften Gewalttaten nicht relativiert werden. Täter blieben Täter. Alles sei nur zu schaffen, wenn das System nicht vollkommen überfordert wäre. Fachkräfte würde man sich wünschen aber nur wirklich verfolgten Asylbewerbern müsse geholfen werden.

Die Kurskorrektur müsse jetzt kommen; das Lebens- und Sicherheitsgefühl sei in Gefahr, die integrationskapazität erschöpft, der Dublin-Verteilmechanismus ist insuffizient bis tot und die Terrorgefahr wachse.

Ein radikaler Asylzugangsstopp und eine sofortige Abschiebungsoffensive für Mehrfach- und Intensivstraftäter seien unverzüglich erforderlich, auch nach Afghanistan. Ausreisezentren müssten geschaffen werden, ebenso intensive Grenzkontrollen und unbedingter Zurückweisung aufgrund der Drittstaatenregelung.

wie Arbeitsverlust, um Wahlverhalten zu beeinflussen, mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bestraft. Selbst der Versuch sei strafbar. [MS]

wir empfehlen ...



KONTRAFUNK
Die Stimme der Vernunft

kontrafunk.radio

Deutsche Gerichte liefern Kuriositäten

VON EMIL HOFER

Drei Gerichtsurteile zeigen gemeinsam besehen den Zustand deutscher Gerichtsbarkeit.

1. Die AfD verlor ihr Berufungsverfahren gegen den Kölner Urteilsspruch, der Inlandsgeheimdienst beobachte die AfD und deren Jugendorganisation zu Recht wegen verfassungswidriger Bestrebungen.

Welche das sind konnte aber nicht geklärt werden, weil der Verfassungsschutz sich weigerte, seine „Erkenntnisse“ offenzulegen.

Um dies zu erreichen haben die AfD-Anwälte sogenannte „Beweisanträge“ gestellt, über 400 an der Zahl, nach denen der Geheimdienst nachweisen sollte, was er beanstandet, und woher die Informationen kommen.

Alle diese Beweisanträge wurden vom Gericht nicht zugelassen, sodass nicht geklärt wurde, warum denn die AfD überhaupt beobachtet werden müsse.

Es reicht offensichtlich, wenn die Verfassungsschützer in ihrem Bericht von 2021 schreiben:

„Die Verlautbarungen und die Programmatik der JA sind durch einen ethnisch-kulturell geprägten Volksbegriff bestimmt. Sie verstoßen gegen die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes und stehen im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“ Das war zwar schon immer Unsinn, denn wie soll die bloße Verwendung irgendeines Volksbegriffs verfassungswidrig sein?

Doch der Inlandsgeheimdienst hat bisher beharrlich behauptet, schon der ethnisch-kulturelle Volksbegriff an sich richte sich gegen das Grundgesetz, und schon die Idee eines „kulturellen Volksbegriffs“ soll laut BfV verfassungswidrig sein, ganz nach der Logik der geschätzten Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Aydan Özoguz, die jenseits der Sprache keine deutsche Kultur feststellen kann.

Goethe und Schiller hätten auch in Simbabwe geboren werden können, dann wären ihre Werke eben nicht deutsch.

Die Innenstadt von München ist durchaus vergleichbar mit der Innenstadt von Bagdad, der Hauptplatz von Bagdad ist sogar größer.

Nun haben die Richter aber in der Urteilsbegründung geschrieben:

„Verfassungswidrig und mit der Menschenwürde unvereinbar ist nicht die deskriptive Verwendung eines ‚ethnisch-kulturellen Volksbegriffs‘, aber dessen Verknüpfung mit einer politischen Zielsetzung, mit der die rechtliche Gleichheit aller Staatsangehörigen in Frage gestellt wird.“

Damit ist dem Verfassungsschutz die Grundlage für ihre Beobachtung der AfD und der JA praktisch entzogen. Haldenwang muss sich für den nächsten Bericht etwas einfallen lassen, um seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

2. Im April 2024 klagte der Anwalt Ralf Ludwig gegen das Schweizer Portal „Republik“ welches geschrieben hat, dass er, Ralf Ludwig, „rechts bis rechtsaußen politisiere“.

Dies sah er als Bedrohung, da die Innenministerin Nancy Faeser in ihrem 13-Punkte-Plan Grundrechtseinschränkungen daran binden will, dass jemand politisch „rechts“ sei.

Die Unterlassungsklage des Anwalts wird nicht angenommen, mit der Begründung, dass die Bezeichnung von jemandem, er sei „rechts“ oder gar „rechts außen“ lediglich ein Werturteil sei, welches einem Beweis gar nicht zugänglich sei.

Das bedeutet, jeder kann über einen anderen sagen, er sei „rechts“, ohne dass das überprüfbar wäre.

Das Kammergericht hat also bestätigt, dass die AfD gar nicht beobachtet werden kann, da der Verfassungsschutz ja genau diese Werturteile – rechts – rechtsextrem – benutze, um seine Beobachtung zu rechtfertigen.

Im Berufungsverfahren des Anwalts Ludwig kommt es aber noch kurioser.

Fortsetzung auf Seite 2

Strafanzeige gegen Diakonie-Chef wegen Wählernötigung nach §108 StGB

Beatrix von Storch hat Rüdiger Schuch, Präsident der Diakonie (600.000 Mitarbeiter) wegen "Wählernötigung" angezeigt. Er habe verlautbaren lassen, dass

Mitarbeiter, die sich für die AfD einsetzen, zu gehen hätten. Lt. StGB §108 werden Drohungen gegenüber wirtschaftlich Abhängigen mit empfindlichem Übel

wie Arbeitsverlust, um Wahlverhalten zu beeinflussen, mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bestraft. Selbst der Versuch sei strafbar. [MS]

02 | Politik

Das diabolische Dreieck

VON FELIX HERMANN



Von © Selline Selline auf Pixabay

Das Leben könnte so schön sein, wenn es nicht den griesgrämigen Zeitgenossen gäbe, der nie genug bekommt und alle anderen für sein Schicksal verantwortlich macht.

Das kann man auch auf die staatliche Ebene übertragen. Die unaufhörliche Reihe von vermeidbaren Konflikten lässt

jedenfalls vermuten, dass Friede, Wohlstand und tolerantes Miteinander nicht in Jedermanns Interesse liegt. „Cui bono?“ oder „Wem nutzt es?“ wird in solchen Situationen gefragt. Stellt man diese Frage, kommen einem drei Parteien in den Sinn.

Zunächst müssen jene Deutsche genannt werden, die im Nationalstaat die Quelle des Übels sehen und ihm den Kampf angesagt haben, um diesen in eine multikulturelle Gesellschaft zu überführen.

Das dahinterliegende Konzept ist die globale Weltregierung, die zwischenstaatliche Konflikte überflüssig macht. Damals nannte man es die Internationale. Diese Einstellung kristallisiert sich am stärksten bei Bündnis 90-Grüne, ist aber ein Kernmerkmal

des Grünen Sozialismus und damit auch bei allen seinen anderen Parteien und Protagonisten. Entsprechend dieser Agenda kann der Nation gar nicht stark genug geschadet werden.

Die Grünen und die mit ihnen verbundenen NGOs haben eine starke Verbindung zu den Vereinigten Staaten und zumindest Letztere werden von diesen großzügig finanziert. Damit kommen wir zum zweiten Nutznießer der aktuellen Entwicklung. Während der sogenannte Wertewesten die Globalisierung mit dem Ziel einer neutralen supranationalen Weltregierung verbindet, formuliert Washington deren Regeln nach den eigenen Vorstellungen und Vorteilen. Washington bewirkt so die Sicherung und den Ausbau der

eigenen Vormachtstellung. Europa und vor allem Deutschland wird als Konkurrenz gesehen. Als virtuoser Spieler gesellschaftlicher Destabilisierung lenkt Washington die moralischen Empörungen dieser Welt nach seinem Willen und gestaltet damit dessen Entwicklung.

Der Wertewesten und vor allem Deutschland folgt dem widerspruchslos. „Critical Race Theory“, Hypersexualisierung und modulierte Mehrheitsentscheidungen sind die Konsequenz.

Der universelle Machtanspruch eines weltlichen Islam ist Nutznießer diese Strategien. Als destabilisierender Faktor unterstützt er Washingtons Bestreben, Europa zu schwächen.

Als Objekt nationaler und kolonialistischer Unterdrückung sieht der Grüne Sozialismus ihn berechtigt, den in seinen Augen auf den Schultern vergangener Ausbeutung entstandenen Reichtum Europas neu zu verteilen.

Eine Win-Win-Situation für Washington (den Kopf), den Grünen Sozialismus (den Arm) und den islamistischen Expansionsdrang (das Werkzeug). Unter diesem diabolischen Dreieck leidet (West-) Europa und Deutschland. Kombiniert mit einer Medienmacht, die in der Tradition der Frankfurter Schule die Realität durch die Beeinflussung des Bewusstseins lenken will, wird der Bürger durch soziologische und psychologische Mechanismen zum Spielball dieser Akteure.

Die rechten Parteien der EU haben kein Interesse, Deutschland aus der EU-Gefangenschaft zu befreien

VON ERICH SIEBERT



Bild von © Grégory ROOSE auf Pixabay

Schon nach der Wahl in Italien 2022 rieben sich die Konservativen in Europa die Augen, als die neue Ministerpräsidentin Georgia Meloni begann, mit den Brüsseler Wölfen zu heulen. Waffen für die Ukraine, kein Stopp der Massenmigration und viele gemeinsame Auftritte mit Frau von der Leyen für die Kamera. Und dann die Aussage: „Wir werden niemals Verbündete der AfD sein!“ von Meloni. Inzwischen hat auch Salvini von der Lega Nord in den Chor eingestimmt und will auch nichts mit der AfD zu tun haben. Auch der Rassemblement National in Frankreich hat kein

Interesse, Deutschland aus der Umklammerung zu helfen. In egoistischer Manier stellt Le Pen der AfD den Stuhl vor die Tür. Arrogant und überheblich, leicht durchschaubar schießt Le Pen auf die Macht, sie will Präsidentin werden, da braucht man keine Freunde. Nun war Frankreich über mehr als 1000 Jahre nie der Freund Deutschlands und wird es auch nie werden. Zu stark ist der Minderwertigkeitskomplex gegenüber der stärkeren Wirtschaftsmacht.

In Holland hat es endlich Gert Wilders geschafft, eine rechte Regierung zu bilden. Der erste Akt ist die Zurückdrängung der

Migration. Wohin? Natürlich nach Deutschland. Deutschland wird also die Remigranten aus Holland und jene, die dorthin wollen, nolens volens aufnehmen.

Polen war noch nie ein Freund Deutschlands und unter dem neuen Ministerpräsidenten Tusk wird sich das nicht ändern. Die Politik der AfD ist dem linken Tusk sowieso suspekt.

Die rechtsnationale Partei VOX in Spanien hat nun erste Erfolge und scheint künftig eine größere Rolle in Spanien einzunehmen. Sie ist aber noch nicht stark genug, um die spanische Politik in eine andere Richtung zu bringen. Wenn sie das dann bald sein wird, dann wird man auch dort verstehen, dass der Zahlmeister Europas klein gehalten werden muss. Dem steht die AfD entgegen. Es gibt nur wenige Länder, die Deutschland freundlich gegenüberstehen. Ungarn, Tschechien und Österreich.

Es gibt zu viele Einzelinteressen, sodass ein Zerfall der EU wahrscheinlicher ist. Großbritannien ist schon gegangen. Folgt Holland unter Wilders als nächstes? Die EU kann dann die Ukraine aufnehmen. Gute Nacht, EU!

Die Grünen führen Deutschland nun in den zweiten Krieg

VON ENZO RAUCH

Am 24. März 1999 begann die Bundesrepublik mit anderen NATO-Verbänden Jugoslawien zu bombardieren. Es war der erste Kampfeinsatz des Bündnisses – und der erste Kampfeinsatz deutscher Truppen seit 1945.

Der grüne Außenminister Fischer hatte es möglich gemacht, nach „Frieden schaffen ohne Waffen“, mit Raketen Serbien zu überfallen. Im serbischen Fernsehen verkündete der Nachrichtensprecher: „Guten Abend, meine Damen und Herren. Die feindlichen Aggressoren, die Nato-Luftstreitkräfte, haben gegen 20 Uhr erste Raketenangriffe auf unser Land ausgeführt. In einer ersten Welle der Aggression gegen unser Land hat die NATO-Luftwaffe heute Abend Ziele in Priština, Kuršumlija, Užice, Danilovgrad, Novi Sad, Pančevo und Podgorica bombardiert.“

Der österreichische Diplomat Wolfgang Petritsch war damals Sonderbeauftragter der Europäischen Union und sagte den legendären Satz: „Wenn man einen solchen Hammer hat, wie die Amerikaner militärisch einen haben, dann ist halt alles ein Nagel, auf den man eindreschen möchte.“ Er hat die Lust der

Amerikaner am Krieg erkannt. Für die USA ist ein Krieg nicht nur ein Krieg, denn er hat viele Nebeneffekte. Vor allem kann man die alten Waffen kostenlos entsorgen und in den Arsenalen wieder Platz für neue, bessere machen. Dafür danken die Rüstungskonzerne. Nebenbei kann man auch die Funktionsfähigkeit neuerer Waffen testen. Hat man noch einen Verbündeten, so wird der auch seine Waffenarsenale nach dem Krieg wieder auffüllen müssen.

Die Grünen verschwanden danach für fast 20 Jahre aus den Regierungen und nutzten die Zeit, sich wieder als „Friedenspartei“ der Bevölkerung anzudienen. Kaum wieder als Juniorpartner in einer Regierung, geht die Kriegstreiberei wieder los. Blitzartig haben alle die Masken wieder fallen gelassen, und die kriegslüsterne grüne Außenministerin verkündet, dass „wir im Krieg mit Russland sind“.

War die Bombardierung Jugoslawiens noch vergleichsweise ein Spaziergang, so werden deutsche Soldaten, so sie denn von den Grünen in den Krieg gegen Russland geschickt werden, anderes erleben. Wehret den Anfängen!

Fortsetzung von Seite 1 - "Deutsche Gerichte liefern Kuriositäten"

Ihren des Anwalts Ludwig kommt es aber noch kurioser.

Das Kammergericht wollte nun selbst definieren, was rechts oder rechtsextrem wäre:

„Sowohl das eine als auch das andere Moment lassen eine Meinung zu, der Antragsteller betätige sich politisch rechts bis rechts außen, trete also (gegebenenfalls extrem oder populistisch) für eine traditionelle Gesellschafts-

ordnung ein und wolle deren Werte und Normen nicht grundlegend verändern.“

Rechtsextrem ist also der, der die Werte und Normen der 60-er, 70-er oder 80-er Jahre wieder einführen möchte, oder die heutigen Normen nicht verändern möchte.

Konservativ ist also rechtsextrem. Das Grundgesetz zu verändern ist

in Ordnung, es erhalten zu wollen ist rechtsextrem.

3. Der Landesvorsitzende der AfD Thüringen, Herr Björn Höcke, wurde zu 100 Tagessätzen verurteilt, weil er in einer Rede sagte „Alles für unsere Heimat, alles für Sachsen-Anhalt, alles für Deutschland!“.

Nur der dritte Teil ist laut Gericht eine Parole der Nationalsozialistischen SA und daher verboten.

Mit dem Wahlkampfversprechen „Immer im Dienst, einer für alle, alles für Deutschland“ zog der frühere Bundeskanzler Schröder 2002 in den Wahlkampf.

Die CSU-Abgeordnete Dorothee Bär postete am 2. Februar 2018 den inkriminierten Satz mit der Deutschlandfahne.

Nun postete die ehemalige Frau

eines Fußballspielers nach all diesen Prozessen, die in der Presse über viele Wochen Tagesthema waren, auf Instagram eine Werbung für die Europameisterschaft „Alles für Deutschland“ und hat weder gewusst, dass es diese Prozesse gab, noch dass diese Worte eine SA-Lösung waren.

Man darf gespannt über die künftige Entwicklung sein.

Medienkampagnen für die Demokraten

VON MARCUS SCHMIDT



Bild von © pixabay.com

Es ist nachvollziehbar, dass die Mainstreampresse sich vehement dagegen sträubt, als Lügenpresse diffamiert zu werden. Soweit, so verständlich. Aber die Frage, die sich stellt, wäre wie man sich diesen Ruf überhaupt erwerben konnte. Negative Informationen zur Oppositionspartei und deren Arbeit werden doch auffällig schnell, oft vielleicht sogar absichtlich so gut wie völlig unrecherchiert übernommen und oft sogar zusätzlich garniert mit überspitzten und durchaus böartigen Begriffen in die Welt getragen. Beispielsweise macht man aus regelentsprechenden Forderungen wie Rückführung von nicht schutzberechtigten Asylbewerbern Zwangsdeportationen, und das dann gleich für alle Ausländer. Die publizierte Wahrheit wird quasi frei erfunden.

Wenn ein Spitzenkandidat genötigt wird, aufgrund seiner Anregung, auch mal stolz auf die Leistungen seiner Vorfahren, wie Dichter, Denker, Wissenschaftler usw. zu sein, auch sofort genötigt wird, auch seine Ansichten über die SS kund zu tun und diese Ansicht beispielsweise wagt seinerzeit zwangsrekrutierte Jugendliche, die keine andere

Wahl hatten, als sich dort zu beteiligen, von begangenen Verbrechen dieser Gesamtheit ausnimmt, dann wird in voraus-eilendem Gehorsam gegenüber wem auch immer, gleich kolpotiert, er bzw. seine Partei stünde der gesamten SS und ihrer Taten positiv gegenüber.

Aber nicht nur die deutschen Mainstream-Medien berichten teilweise wider besseren Wissens um die präzisen Aussagen, alles was negativ zu verwerfen sein könnte, sondern ebenso die internationale Presse mit gleicher Ausrichtung übernimmt alles und nötigt dadurch europäische Schwesterparteien sich innerhalb der EU, von allem und jeden zu distanzieren, Fraktionsgemeinschaften medienwirksam aufzukündigen, um eigene Wahlerfolge nicht zu gefährden. Das zeigt letztendlich die Macht der gleichgeschalteten Presse, die aber schwindet. Es muss sehr frustrierend für diese Medien sein, wozu auch das deutsche ÖR-Fernsehen gehört, wenn man solche Kampagnen, für die viel Geld, Energie und Personal aufgewendet wurden, ziemlich ins Leere laufen und kaum den erhofften Erfolg bringen. Die größte propagandistische Materialschlacht brachte nur

geringe Auswirkungen auf die Wahlergebnisse zur EU-Wahl. Es hat der Opposition sicher einige Stimmen gekostet, aber die oppositionelle Kernwählerschaft wird dadurch ihre persönliche Grundeinschätzung zu den Medien als beinahe wichtigsten Teil des Gesamtsystems weiter überdenken. Demnächst stehen die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen an. Hier erwartet vermutlich jeder Wähler der Opposition eine noch größere Medien-Kampagne, da tatsächlich der Rundfunk-Staatsvertrag ins Wanken geraten und der Öffentlich rechtliche Rundfunk vor einem gewaltigen Umbruch stehen könnte. Man darf gespannt sein, welche konzertierte Geschütze die Medien auffahren, insbesondere der ÖRR, um das kaskadierende Kippen der Zwangsgebühren (GEZ) zu verhindern. Im gleichen Maße verlieren alle Bürger zunehmend das Vertrauen in die Leitmedien. Mit deren maßlosen Übertreibung steigt die Resilienz gegen diese Propaganda von immer mehr Menschen.

Lt. einer Studie von infratest dimap ist es 82% der Oppositionswähler inzwischen egal, dass ihre Partei als »rechtsextrem« gebrandmarkt wird. Nicht, weil sie sich selbst so verstehen, sondern weil ihnen sehr klar ist, wer das warum sagt. Aus dieser Studie geht auch hervor, dass man längst nicht mehr vorwiegend aus Protest wählt, um anderen einen Denkzettel zu verpassen, sondern zum größten Teil inzwischen aus tiefster Überzeugung. Trotzdem darf es nicht egal sein, dass völlig verzerrte historischen Vergleiche inflationär gebraucht werden. Wer eine demokratische Partei ständig mit verbrecherischen Diktaturen in Zusammenhang bringt, verharmlost diese Diktaturen.

Politik von rechts – ein Manifest

VON JOHN KERRY

Rezension des neuen Buches von Maximilian Krah, EU-Spitzenkandidat der AfD, Politik von rechts – ein Manifest

Kapitel 5: Wirtschaft, weil der Mensch auch vom Brot lebt

Dass Politik eigentlich Wirtschaft sei, weil alles am Ende ein Verteilungskampf zwischen gesellschaftlichen Gruppen sei, ist die Kernaussage des Marxismus. Rechte weisen dies zurück. Politik ist eine eigene Sphäre, in der es um Vieles geht: Macht, Ideologie, Eitelkeiten, Karriere, aber auch um Wirtschaft.

Das grundsätzliche Bekenntnis zum Eigentum wirft die Frage nach der Verteilung auf. Rechte Politik strebt eine möglichst gleichmäßige Verteilung an, jede Familie soll über Wohneigentum und Ersparnis verfügen, um unabhängiger zu sein.

Riesige Vermögen schaffen Macht ohne Legitimation. „Philanthropen“ wie Bill Gates,



ISBN: 978-3-949041-53-2

George Soros oder Elon Musk benutzen ihr Vermögen zur Machtausübung und bringen öffentliche Institutionen in Abhängigkeit. Ihre Truppen sind die NGO's, die sie finanzieren und mit klingenden Namen ausstatten.

Rechte Politik will das ändern und NGO's verbieten. Staaten haben eine Wirtschaft, nicht die Wirtschaftstreibenden haben einen Staat. Die Abwehr verfassungsfremder Macht ist entscheidend, wozu auch EU-Organisationen gehören. Die Verteilung, dass 20% der Bevölkerung 80% des Vermögens besitzen, ist unsozial. Umso mehr zerstört ein Weltstaat oder die Globalisierung die Freiheit der Bürger.

Die perverse Vorstellung von Klaus Schwab – „Du wirst nichts besitzen und glücklich sein“ ist sein menschenverachtendes Ziel. In einer Welt ohne Bargeld wird auch eine abweichende Meinung nicht mehr möglich sein, was Kreativität, Innovation und Widerspruchsgeist lähmt. Dies ist aber der Antrieb für Fortschritt und Wachstum, um Wohlstand zu generieren.

Rechts sein heißt, auf der Basis der eigenen Individualität und Identität Erfahrungen zu sammeln, um etwas fortzusetzen, nicht am Bestehenden festzuhalten. Die heutige Situation, dass der Sozialstaat überproportional den Eingewanderten dient, ist ungerecht. Leistungen dürfen nicht ins Ausland verschoben werden, Einwanderer, die nie in das Sozialsystem eingezahlt haben, müssen teilweise ausgeschlossen werden.

Der Sozialstaat muss den Familienverbund berücksichtigen, indem die Rentenzahlungen der Kinder vor allem den Eltern zufließen sollen.

Frankreich und Großbritannien haben gewählt

VON EMIL HOFER

Die EU-Wahl hat schon europaweit gezeigt, dass der linksgrüne Zug abgefahren ist. In fast allen Ländern werden die von den Medien täglich wiederholten nutzlosen woken Ideen inzwischen von den Bürgern abgelehnt. Im Lichte der Energiekrise, Migrationskrise und Ukraine-Krieges sind immer weniger Menschen bereit sich mit Gendern, Willkommenskultur, vermeintlichem Rassismus und dem Kampf gegen rechts zu beschäftigen, während die wirklichen Probleme nicht gelöst werden.

In Frankreichs Präsident Macron hat sich nun kräftig verspekuliert indem er Neuwahlen wegen des Erfolges des Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen innerhalb kürzester Zeit ausgerufen hat. Schon die kurze Frist war eindeutig undemokratisch, denn die Parteien sollten immer genügend Zeit haben, die Wahl vorzubereiten und die Bevölkerung zu informieren. Diese Art

von Überempelung der Konkurrenz hat schon etwas von einem Putsch, durch den Machthaber. Dies ist ihm im zweiten Wahlgang auch prächtig gelungen, indem er mit den Linksextremisten paktiert hat und seine Kandidaten zurückzog, auch wo eine linksextreme Mehrheit möglich war. Am Wahlabend brannte dann Paris; die Linksextremisten zündeten die Stadt an, und die Medien schoben es den Rechten in die Schuhe.

In Großbritannien sieht die Situation etwas anders aus. Rishi Sunak scheiterte krachend, nachdem etliche „konservativer“ Regierungschefs kläglich versagt haben. Auch dort haben die Bürger die Mätzchen der Regierenden satt und wählten gegen Links, denn die Tories sind wie die CDU immer weiter nach links abgerutscht, und so erscheint die Labour-Party als die rechtere Partei. Auch die Kriegslust der Tories ist

vergleichbar mit dem deutschen Pendant, haben doch die britischen Ministerpräsidenten eine ganz üble Rolle bei der Friedensverhinderung gespielt. Boris Johnson verantwortet mit seiner Torpedierung der Friedensverhandlungen tausende Tote. Nun leben wir in spannenden Zeiten. Das westliche „Superwahljahr“ ist noch nicht beendet. Joe Biden hat sich als Schwächling erwiesen und mächtig blamiert, sodass die Wahlchancen für Donald Trump gestiegen sind. Selbst wenn die Demokraten es schaffen Biden zum Verzicht zu bewegen haben sie weder die geeignete Person noch die Zeit nach dem Parteitag einen Neuling in Stellung zu bringen. In Deutschland werden die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg mit Spannung erwartet. Ein Rechtsruck ist sicher, der könnte aber wie in Frankreich zu einer Linksregierung führen.

Eine Ohrfeige für Deutschland – chinesischer Staatspräsident ignoriert Deutschland

VON EMIL HOFER

Man muss sich das vorstellen; der chinesische Ministerpräsident Xi Jinping, einer der mächtigsten Männer der Welt, besucht Frankreich, um über Frieden in der Ukraine zu sprechen.

Nach den Gesprächen steigt er in die Präsidentenmaschine und fliegt schnurstracks – nach Serbien, um im Anschluss noch Viktor Orban in Ungarn zu besuchen.

Serbien ist in diesen Zeiten wichtiger als Deutschland, denn China braucht keine schnippischen Belehrungen von einer Annalena Baerbock.

Aber ganz abgesehen davon, dass sich Baerbock in China wie ein eingebildetes Kind verhalten hat, spielt nun Deutschland in den wichtigen weltpolitischen

Gesprächen keine Rolle mehr. Die Menschen im fernen Osten haben ein sehr ausgeprägtes Gespür für Höflichkeit und Anstand und zollen auch jedem Gesprächspartner den gebührenden Respekt. Aber eben den gebührenden!

Man kann davon ausgehen, dass Baerbock in China nun „persona non grata“ ist, dass sie nie mehr eingeladen wird, nichts mehr zu sagen hat und daher für Deutschland unbrauchbar geworden ist.

Sie wird deshalb nicht gehen, weil sie ja gar nicht die Absicht hat, Deutschland zu dienen. Es ist ihr ja egal, was die deutschen Wähler (sogar ihre Wähler) über ihre Politik denken. Wem sie aber dient, das konnte man bisher nicht erfahren.

04 | Gesellschaft

Extremismus in Politik und Religion

Ein paar Gedanken über deren Parallelitäten

VON LATITIA CAPUCCI



Bild von © i-f-ge.de

Wer kennt nicht die 70er Jahre, die einerseits eine Flower-Power-Bewegung und bunte Pril-Blumen hervorbrachten, aber auch andererseits politische Morde auf offener Straße. Bedeutende Männer, 34 Männer, die dem Land etwas zu sagen hatten, die die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hierzulande weiterbrachten und weiterentwickelten, Männer, wie Alfred Herrhausen, Hanns-Martin Schleyer, Siegfried Buback, Gerold von Braunmühl und viele andere, deren Fahrer und Personenschützer.

Viele von ihnen sind bereits in Vergessenheit geraten. Dabei waren es in den RAF-Anfangszeiten der 70er Jahre vielleicht 12 Terroristen, die diese Bluttaten planten und ausführten, in der DDR und Sowjetunion und im Jemen Schutz, Material und Anregungen zu weiteren Taten fanden.

Die Bevölkerung und die Politiker wurden in Atem gehalten. Es traf nicht Lieschen Müller oder Otto Normalverbraucher, sondern Spitzenleute der oberen Gesellschaftsschicht, aber keine Politiker im Sinne von (hochrangigen) Parlamentariern.

Dennoch war die Bedrückung in der ganzen Gesellschaft sehr groß. Die entwickelte Rasterfahndung und das entschlossene Vorgehen der verantwortlichen (und damals noch verantwortungsbewussten) Politiker, die Unterstützung der Bevölkerung und eine gut ausgebildete Polizei konnten diesem Extremismus-Auswuchs ein Ende bereiten.

Das Motto der RAF lautete damals: Wir sind für politischen Mord und wir fangen auch bald damit an!

Im Übrigen hat auch Lenin im Vorfeld der Oktoberrevolution 1917 in seinen Aufrufen und Schriften den Mord für die „gute Sache“ als nötig proklamiert. Wir alle wissen hoffentlich noch, wie weit er und sein Nachfolger Stalin damit gekommen sind und welches Leid beide über die osteuropäische Kultur und ihre Völker gebracht haben. Ich sage nur Archipel Gulag!

Wer kennt nicht die Medienberichte und Bilder von 2015, als syrische, irakische, afghanische u.v.m. Familien, Flüchtlinge, Einzelreisende mit Teddys und Schokoriegeln in München und anderen Städten einreisten und auf Geheiß der damaligen Kanzlerin Merkel unser Land überrannt haben?

Nicht dass sie jemals aufgefordert wurden, es auch wieder zu verlassen (seit 2020

herrscht in Syrien Frieden). Siegmund Gabriel sagte damals, als die Menschenflut immer größer wurde, dass, nachdem die USA diese Kriege im Nahen Osten angerichtet hätten, sie auch die Flüchtlinge aufnehmen müssten.

Richtig! Richtig sind auch die Einschätzungen von damals, dass sich dadurch unser Land verändern würde und dass wir den Terror, den religiös-extremistischen, importieren würden.

Wo schon nicht das Leid der vergewaltigten Jungen, Frauen und Mädchen durch moslemische Einwanderer – oder sollte man besser Eroberer sagen – kaum noch jemanden zu interessieren scheint, ist die Zeit nun wohl reif für religiös motivierte Islamisten-Anschläge und -Morde.

Die Bevölkerung schreit auf, die Polizisten auch, die Regierungspolitiker nur, wenn es sich um eine Attacke auf einen ihrer Leute handelt.

Doch was haben die RAF- und die Islamisten-Morde gemeinsam? Beide Gruppierungen oder Bewegungen wollten bzw. wollen den heute sogenannten Regime-Change, wobei die RAF ein deutsches Phänomen (tatkräftig unterstützt von der damaligen Sowjetunion) war und die Auswüchse des politischen Islam aus der muslimischen (Un)Kultur in unserem Land wüten.

Die Parallele hier ist, dass beide Terror-Aktionen aus dem Ausland bei uns angefeuert wurden und werden.

Damals hatten wir zum Schutz noch einen starken Staat. Heute bestimmt Nancy Faeser, wen der starke Staat zu beschützen hat, wenn es diesen noch gibt. Der Deutsche Michel sagt unterdessen kräftig an dem Ast, auf dem er sitzt.

Willy Brandt: „Opposition ist scheiße!“ Nein, Extremismus (politisch, islamisch oder überhaupt religiös) ist scheiße!!!

Die Katholische Kirche immer auf der richtigen Seite

VON ERICH SIEBERT



Bild von © i-f-ge.de

20. Juli 1933 in Rom Unterzeichnung des Reichskonkordats zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich

Seit der Kabinettsordre des preußischen Königs Friedrich Wilhelms IV. vom 4. Februar 1848 und dem Apostolischen Breve vom 24. Oktober 1849 existierte ein **römisch-katholischer Armeebischof** mit eigener Jurisdiktion über alle Katholiken des Preußischen Heeres.

In Folge des **Reichskonkordats unter Pius XII. von 1933** wurde 1938 das Amt eines reichsweiten **Feldbischofs der Wehrmacht** eingeführt, das bis 1945 bestand.

20. Juli 1933 in Rom Unterzeichnung des Reichskonkordats zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich. Als Gegenleist-

ung führten die Nationalsozialisten 1934 den Kirchensteuer-einzug durch den Arbeitgeber als „staatliche“ Aufgabe zum 1. Januar 1935 ein. Noch 2018 zählte man 23 Glocken in Kirchen mit Nazisymbolen. Diese sind jetzt plötzlich ein Mahnmal, wurden aber nicht als solche gegossen.

Auf den Tag genau 108 Jahre nach der Kabinettsordre am 4. Februar 1956 erfolgte die Ernennung des ersten Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr durch den Heiligen Stuhl. Seit 24. Februar 2011 hat nun Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen, dieses

abscheuliche Amt inne. Overbeck hat beim Katholikentag in Erfurt die Entscheidung der Bundesregierung befürwortet, den Einsatz deutscher Waffen gegen Ziele in Russland zu erlauben.

Laut Kathpress argumentierte er mit folgenden Worten: "Das ist deswegen richtig, weil sie es mit einem Gegner zu tun haben, ähnlich wie es bei Hitler gewesen ist, den sie nicht einschätzen können und der mehr als aggressiv ist und mit allen Mitteln seine Ziele erreichen will."

"Der Leser fragt sich nun, was denn „ähnlich wie bei Hitler“ sei?"

Zwei bis drei Zitate

VON LÁTICIA CAPUCCI

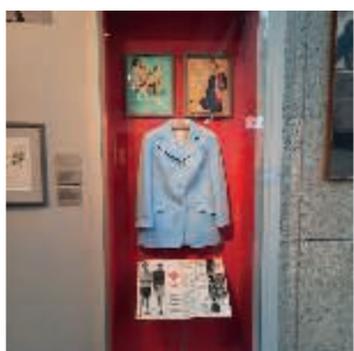


Bild von © i-f-ge.de

Bärbel Bohley, DDR-Bürgerrechtlerin (1945-2010):

„Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung der

Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten.

Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen.

Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften.

Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen.

Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir.

Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi.

Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.“

Erich Mielke, 1957 bis 1989 Minister für Staatssicherheit in der DDR, am 09.06.1977 in einer

Rede vor der FDJ: „Natürlich hat jeder das Recht, anders zu denken als die Mehrheit und begründete Kritik zu üben. Aber wenn er die Hand gegen uns erhebt, dann muß er auch mit der entsprechenden Antwort rechnen.“

Nancy Faeser, Bundesinnenministerin, 11.03.2024, zum Demokratiefördergesetz: „Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.“

Eigentlich hat das auch Angela Merkel gewusst, sie wurde in diesem Zeitgeist ja erzogen, war aber aufgrund ihrer DDR-

Regimetreue auf der Seite der „Richtigen“. Das darf man nicht vergessen. Daran soll der hellblaue Blazer als pars pro toto der DDR-Mode-Produktion erinnern.

Man darf auch nicht vergessen, dass die USA und ihre Vasallenstaaten ebenfalls schon immer über feine und effektive Einrichtungen zur Kontrolle der Bürger verfügten.

Zwischen Ost und West werden wir Bürger nach wie vor aufgerieben. Eiszeit – Tauwetter – Eiszeit. Ist das der Verlauf der Sinuskurve?

Viktor Orbans Ungarn

WERNER J. PATZELT IM GESPRÄCH MIT BERND KALLINA, ÜBERNOMMEN AUS ABENDLAND II/24



Bild von Viktor Orbán

Bild von © Wikimedia commons

Gegenentwurf zum rot-grünen Regenbogen-Europa

Er gehört zu den profiliertesten Politikwissenschaftlern in Deutschland, ist gefragter Gast bei Diskussionssendungen in Rundfunk und Fernsehen. Seine Rede ist schnell, klar, präzise und argumentativ tiefgründig. Als sozialwissenschaftlich geschulter freier Geist hat er keinerlei Berührungängste im Umgang mit Freunden und Gegnern.

Meist hat er das letzte, überzeugende Wort und fordert: „Fragt mich nicht, wo ich etwas sage, sondern, was ich sage!“ Die Rede ist von Univ.-Prof. Dr. Werner J. Patzelt, geboren 1953 in Passau, von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden. Derzeit ist er Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegium (MCC) in Brüssel. Sein jüngstes Buch trägt den Titel „Ungarn verstehen. Geschichte, Staat, Politik“. Damit schließt er eine klaffende Lücke zwischen aus Vorurteilen entstandenen Ungarnbildern deutscher und europäischer Leitmedien und wirklichem Wissen. Im „Abendland“-Gespräch schildert er die Ergebnisse seiner Spurensuche vor Ort.

WERNER J. PATZELT IM GESPRÄCH MIT BERND KALLINA

Herr Professor Patzelt, Sie verbrachten neun Monate als Senior Fellow am MCC in Budapest und nutzten die Zeit für umfangreiche Recherchen in ganz Ungarn. Daraus ist das Buch „Ungarn verstehen“ entstanden. Was hat Sie bewogen, es zu schreiben?

Das ist schnell erklärt. Bevor ich zum MCC nach Budapest ging, suchte ich nach einem Buch, das mich über das heutige Ungarn umfassend informieren würde. Zwar entdeckte ich eine Reihe von Büchern über Ungarn. Doch meist behandelten sie die Zustände vor dem Umbruch von 2010 oder gingen vor allem in politischer Absicht auf Ungarn ein.

Ein Werk, in dem von Geographie und Geschichte bis zum Staatsaufbau, zur Innen- und Außenpolitik und den sonstigen Politikfeldern alles fürs erste Wichtige beschrieben würde, fand ich nicht. Also kam mir die Idee: Wenn ich ohnehin in Ungarn gute Kontaktmöglichkeiten und ausreichend Arbeitszeit habe, dann schreibe eben ich jenes

Buch, das ich zur Orientierung über das Land zwar suchte, aber leider nicht fand! Wie zur nachträglichen Bestätigung dieser Idee ist meinem Ungarnbuch vor kurzem der ItB Buch Award 2024 in der Kategorie „Länderwissen aktuell“ verliehen worden.

Zu den Ungarn als Volk im Umfeld der Nachbarländer in Mittel- und Osteuropa: Was kennzeichnet sie besonders im Unterschied zu den anderen?

Es ist für die ungarische Identität sehr wichtig, daß man mit keinem der Nachbarländer die Sprache teilt. Diese im geographischen Umfeld singuläre Sprache ist zu einem ganz besonderen Prägungsfaktor der ungarischen Geschichte geworden. Etwa bediente man sich in früheren Zeiten des lateinischen nicht nur bei der Verständigung mit anderen reichen und deren Eliten, sondern bis weit ins 19.

Jahrhundert hinein war Latein auch die Verwaltungssprache Ungarns sowie – damals neben dem deutschen – das Verständigungsmittel des ungarischen Adels. damit löste man das Sprachproblem des seit je multiethnischen und multikulturellen Ungarn. Ansonsten sind die Ungarn ein sehr geschichtsbewusstes Volk, das sich seiner Ankunft im Karpatenbecken vor gut 1100 Jahren sowie der Gründung des Königreichs durch Stephan d. Hl. im Jahr 1000 stolz und gern erinnert. Ambitionen über das Karpatenbecken hinaus gehören dazu, sofern dort ungarische Minderheiten siedeln.

Daß auch Kroatien zur ungarischen Krone kam, hat mit einem Erbfall, kaum aber mit ungarischer Expansionspolitik zum Mittelmeer hin zu tun. ansonsten spielt für das Selbstverständnis der Ungarn eine wichtige Rolle, daß sich die Grenzen des ungarischen Siedlungsgebiets aufgrund der – 1920 durch den Friedensvertrag von Trianon erfolgten – Verstümmelung Ungarns nicht mehr mit den Grenzen des Staatsgebiets decken. diese Wunde wurde dadurch geheilt, daß seit 2010 auch die nicht in Ungarn lebenden Nachkommen von Ungarn jederzeit die ungarische Staatsangehörigkeit erwerben können. Die meisten haben das auch getan.

In der „FAZ“ erschien kürzlich eine sehr zwiespältige Rezension ihres Buchs. Dem Werk wurde zwar zugestanden, daß es „verhalten Kritik“ an Orbáns Ungarn übe, aber insgesamt sei es „regierungsfreundliche PR“. Ziehen Sie sich diesen Schuh an?

Nein. Diese „FaZ“-Besprechung ist inkompetent und von unprofessioneller Unkenntnis meines Buchs geprägt.

Der rezensierende Politikredakteur hat offensichtlich jenes gut 60seitige Kapitel, in dem es um „Orbán-Land“ geht, überhaupt nicht

begriffen. Deshalb stellt er es auch ganz irreführend dar. Eigentlich hätte er in jenem 20seitigen Unterkapitel, das die Kritik am jetzigen Fidesz-Staat darstellt, doch nur die Überschriften zur Kenntnis nehmen müssen: „der Abstieg vom Musterland zum abschreckenden Beispiel“, „der Aufbau autoritärer Herrschaft“ oder „Herrschaftsmittel des ungarischen Autoritarismus“. Derlei eine „verhaltene Kritik“ zu nennen, ist einfach lächerlich.

Wichtigster Grund solchen Unsinn ist, daß der Rezensent offenbar den Aufbau dieses Sachbuchs nicht nachvollziehen konnte oder wollte. Hier wird nämlich umfassend jenen Leitsätzen politischer Bildungsarbeit gefolgt, die seit den 1970er Jahren „Beutelsbacher Konsens“ heißen. Erster Grundsatz ist, daß das, was in Politik und Wissenschaft umstritten ist, auch als umstritten dargestellt werden muß. Gerade hinsichtlich des heutigen Ungarn ist dieser Grundsatz sehr wichtig.

Zweitens darf ein Dozent oder Autor seine eigenen Urteile nicht mit der Wucht des eigenen Wissensvorsprungs seinen Hörern oder Lesern aufdrängen. Deshalb enthalte ich mich in jenem Buch aller eigenen Urteile, weshalb der „FAZ“-Rezensent diese auch vermisst. drittens muß bei der politischen Bildungsarbeit ans vernünftige Interesse der politisch zu Bildenden angeknüpft werden, insbesondere an jenes am dazulernen. Das alles entweder nicht zur Kenntnis nehmend oder nicht begreifend, hat der „FAZ“-Schreiber sogar ausgerechnet die von mir referierte Selbstdarstellung der ungarischen Regierung als die Sichtweise des Autors ausgegeben. Wie abwegig – oder wie böseartig!

Sie charakterisieren das durch Wahlen mehrfach bestätigte ungarische Regierungssystem als einen systematischen Gegenentwurf zu den Überzeugungen und Selbstverständlichkeiten von Europas „Regenbogenlinken“. Kann so die einhellige Ablehnung, ja teilweise auch zugespitzte Aggressivität gegen Viktor Orbán und dessen Fidesz erklärt werden?

Ja. Sie beschreiben den zentralen Grund dafür, warum Ungarn in der EU gleichsam „quer im Stall steht“. die ungarische Politik legt nämlich großen Wert darauf, daß etwa Europas Nationalstaaten gerade nicht in der Europäischen Union aufgehen sollen, sondern nur Teile ihrer Souveränität mit anderen Staaten dort teilen, wo man nur gemeinsam ausreichend viel erreichen kann.

Ansonsten soll – ganz nach dem deutschen Subsidiaritätsprinzip – alles, was im eigenen Land gut geregelt werden kann, auch dort geregelt werden. Dabei legt Ungarn großen Wert auf die Feststellung, daß es so etwas wie eine unverwechselbare ungarische Kultur tatsächlich gibt – und daß diese es auch Wert ist, an kommende Generationen

weitergegeben zu werden. Das ist ganz anders in Deutschland, wo „Progressive“ gern behaupten, so etwas wie eine „deutsche Kultur“ sei gar nicht greifbar. Insgesamt befremdet viele an Ungarn die affirmative Eigenwahrnehmung eines bewußt konservativen Lands, das wirklich bewahren will, was sich bewährt hat. Letzteres hat ja auch sehr konkrete Folgen, etwa für das schulische Bildungsprogramm oder die Migrationspolitik. Bei alledem widerspricht Ungarn dem, was im restlichen Europa inzwischen Mode ist – darunter auch das „Leiden an europäischer Identität“ und das sich selbst schwächende Unbehagen an der eigenen Geschichte. Also kann es kaum anders sein, als daß Ungarn den Zorn derer erregt, die sich in Europa besonders fortschrittlich dünken.

Dann könnte man Orbáns Fidesz, einmal übertragen auf die politische Lage in Deutschland und in Österreich, als eine nationalkonservative Parteiformation bezeichnen, sie als eine volksnahe Bewegung sehen, ausgehend von einem realistischen Menschenbild, fest in Heimat und Familie verwurzelt und nicht zuletzt getragen von einem geschichtspolitisch hergeleiteten Patriotismus, der primär die Interessen Ungarns im Auge hat?

Ja, und das trifft genau das politisch programmatische Selbstverständnis des Fidesz. Freilich klingt das alles für viele Ungarn deutlich anders als für viele Deutsche. In deren Land gilt „nationalkonservativ“ als etwas Übles, denn „national“ riecht nach Chauvinismus und „konservativ“ schmeckt nach reaktionärem. Doch das ist eben nicht die ungarische Gefühlslage und Sichtweise.

Deshalb werben so orientierte Ungarn auch für einen alternativen Weg in die europäische Zukunft, nämlich für christlichen Konservatismus in nationalstaatlichen gewaltigen Menge an Erfahrung. Und gewiß hält man sich unter dem Druck regelmäßiger freier Wahlen nicht so lange an der Spitze, wenn man nicht wirklich ein Könnner ist. Was ist sein zentrales Erfolgsrezept?

Im wesentlichen, daß seine politischen Zielsetzungen und Mittel auf realistischen Annahmen beruhen! Er akzeptiert, wie Menschen nun einmal funktionieren. Er agiert volksnah. Er weiß um die kulturellen Fundamente des ungarischen Staats und stabilisiert sie mit Weitblick.

Er verfolgt eine Langzeitstrategie. Und er hat es geschafft, nach der knappen Wahlniederlage von 2002 den Fidesz zu einer Volkspartei auszubauen, die in die ganze ungarische Gesellschaft hinein verzweigt ist. Letzteres ist in Verbindung mit als erfolgreich wahrgenommener Politik der wichtigste Grund für die sich

aneinanderreihenden Wahlsiege des Fidesz.

Otto von Bismarck beschrieb einmal das Wesen erfolgreicher Politik als „Kunst des Möglichen“, also nicht des ideologisch Erwünschten. Sehen Sie hier Ähnlichkeiten zum Politikverständnis des Viktor Orbán, etwa bei der schwierigen Selbstbehauptung seines Lands im divergierenden Kräftefeld internationaler Politik, hier eingebunden in NATO und EU, dort Rußland im Krieg mit der Ukraine, um nur ein paar Stichworte überlagernder und schwierig zu beherrschender Einflußfaktoren zu benennen?

„Politik als Kunst des Möglichen“ ist sehr wohl ein Ansatz der ungarischen Regierungspolitik. Allerdings wird das „Mögliche“ nicht auf das reduziert, was jeweils gerade möglich erscheint. Vielmehr geht es auch um eine normative Vision von Ungarn, nachgerade um eine „konkrete Utopie“. In ihr ist Ungarn ein Land mit vielen zufriedenen Familien, bestehend aus Mann und Frau und mehreren Kindern, die es bestmöglich zu fördern gilt. In ihr ist Ungarn auch ein Land, das sich im Spannungsfeld von Brüssel, Moskau und Istanbul zu behaupten versteht. Und in ihr liegt Ungarn nicht einfach nur am Rand einer EU, deren größere und stärkere Staaten dieses kleine Land fremdbestimmen, sondern bewahrt seine Identität – und zwar als unablässbarer teil jenes Europa, zu dem es seit tausend Jahren gehört.

Insbesondere die EU-Disziplinierungsversuche Ungarns durch den Entzug von Fördermitteln oder die Drohung damit bestimmen das Konfliktbild zwischen Brüssel und Budapest. Von angeblichen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit Ungarns ist da in Dauerschleife die Rede. Wie schwerwiegend sind derartige Anschuldigungen nach Ihren Recherchen tatsächlich?

Rechtsstaatsverstöße gab es zweifellos. Sie wurden auch eingestanden und nach langwierigen Verhandlungen mit der EU-Kommission gesetzgeberisch abgestellt. Vor allem kamen sie vor, wo es um die Verteilung von EU-Geldern geht. Ein Leitgedanke ungarischer Politik zielt nämlich darauf ab, daß bei aus EU-Mitteln geförderten Projekten, meist Bauvorhaben, nach Möglichkeit nicht Konzerne aus Deutschland, Österreich, Frankreich oder Italien den Zuschlag bekommen, sondern daß EU-Gelder vor allem ungarischen Firmen zufließen, d.h. in Ungarn für Ungarn ausgegeben werden.

Natürlich schlägt das dann auch zum Vorteil der Inhaber von Firmen aus, die solche Aufträge ergattern. Um das alles zu erreichen, hat Ungarn bei der Vergabe von EU-Aufträgen durchaus getrickt und nicht gut mit EU-Aufsichtsbehörden zusammengearbeitet.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung - Viktor Orbans Ungarn



Bild von Prof Patzelt

Dabei sind Unternehmer, die dem Fidesz nahestehen, durchaus – um es milde auszudrücken – „überproportional bevorzugt“ worden. Das ist der reale Kern des von Ihnen angesprochenen Streits.

Und andere Streitpunkte zwischen Fidesz, Ungarn und Brüssel?

Es ist so, daß ungarische politische Gruppierungen, die eine andere Politik möchten, in Ungarn aber in der Minderheit sind, sozusagen den „Weg über Brüssel“ nehmen. Dazu gehört vor allem die Beeinflussung der politischen Diskurse und der Willensbildung auf EU-Ebene. Das Ziel ist, durch EU-Rechtsakte oder die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs Rechtstitel zu erwirken, mit denen man die ungarische Regierung zu Maßnahmen zwingen kann, die sie gar nicht ergreifen will.

Ich will nur ein einziges Beispiel nennen: Manches, was für die meisten Ungarn selbstverständlich ist, etwa daß eine Ehe – so gar laut der ungarischen Verfassung – aus Mann und Frau besteht, wird als Verstoß gegen europäische Werte bzw. gegen EU-Recht dargestellt, und zwar in der Hoffnung, alsbald ein Vertragsverletzungsverfahren oder die Feststellung eines Rechtsstaatsverstosses zu erwirken. Es wird also versucht, seitens der EU die Politik in Ungarn im oppositionellen Sinn zu verändern. Eben dagegen wehrt sich die ungarische Regierung unter Verweis darauf, daß die Legitimität ihres Handelns nicht auf europäischen Rechtsakten, sondern auf ungarischen Wahlen beruht.

Thema Massenkommunikation: Den ungarischen Leitmedien wird zu große Regierungsnähe vorgehalten. Können Sie das aufgrund Ihrer Recherchen bestätigen?

Meine eigenen Recherchemöglichkeiten waren dadurch beschränkt, daß ich kein Ungarisch kann. Doch es ist vor allem aus einem anderen Grund kaum möglich, sich in dieser Sache ein über jeden Einwand erhabenes Urteil zu bilden. Man bekommt nämlich in Ungarn keine verlässlichen Informationen über die Reichweiten der einzelnen Medien. Das gilt auch für die Finanzquellen einzelner Medien und deren politisch bedeutsame Abhängigkeitsverhältnisse. Das alles ist zwischen den Parteigängern und den Gegnern der Orbán-Regierung schon hinsichtlich der Fakten sehr umstritten. Halbwegs

verlässlich läßt sich aber wohl sagen, daß die öffentlich-rechtlichen Medien, die früher in der Hand der regierenden Sozialisten waren, jetzt der Fidesz-Regierungspartei sehr nahe stehen. Bei den Tages- und Wochenzeitungen sowie den politischen Magazinen scheint die Macht zwischen den Lagern auf den ersten Blick recht ausgeglichen verteilt zu sein, wobei es allerdings zu den wirklichen Reichweiten der einzelnen Titel keine verlässlichen Zahlen gibt.

Von Fidesz-Leuten wird gesagt: die Staatsmedien gehören jetzt uns – und insgesamt besteht nun Waffen-gleichheit. Die Opposition widerspricht da energisch, und zwar auch so: Solange wir die Staatsmedien kontrollierten, waren sie objektiv; jetzt aber sind sie verlogen. Ansonsten ist es wohl so, daß Fidesz-nahe Medien bei staatlichen Werbeaufträgen bevorzugt werden, was natürlich folgenreiche betriebswirtschaftliche Auswirkungen hat. Mein etwas resignatives Fazit: Zwischen beiden Sichtweisen läßt sich nicht vermitteln, weil es keine gemeinsam akzeptierte Datenbasis gibt.

Jetzt zum anderen Themenfeld im Zusammenhang mit dem Russisch-Ukrainischen Krieg: Viktor Orbán wird dahingehend scharf kritisiert, daß er sich vom liberalen Hoffnungsträger zu einem Vasallen Putins gewandelt habe. Er sei das „trojanische Pferd Rußlands in der EU“. Harter Tobak, Herr Patzelt, zu Recht?

Völliger Unsinn; Orbán ist kein „Vasall Putins“! Ich habe dazu viele Gespräche in Ungarn geführt und meine, die ungarische Position zutreffend wie folgt wiederzugeben: Erstens wird es, ganz gleich, wie der unselige Krieg ausgeht, Rußland danach noch immer geben, und als Atommacht wird Rußland weiterhin einflußreich sein. Deshalb lautet die politische Frage: Wie muß man sich zu Kriegszeiten verhalten, damit es anschließend stabilen Frieden geben kann? Doch wohl nicht so, wie sich England und Frankreich gegenüber den deutschen im und nach dem Ersten Weltkrieg positionierten!

Nämlich mit dem Ergebnis, daß anschließend die Beziehungen völlig vergiftet waren und es zum Zweiten Weltkrieg kam. Besser wäre es deshalb, trotz des allein von Rußland zu verantwortenden Kriegs jetzt schon auf eine stabile Friedenslösung hinzuarbeiten. Zweitens gibt es in der Ukraine eine große ungarische Minderheit. Als die Ukraine anfang, sich gegen russische Aggressionen zu wehren, erließ sie eine Reihe von Gesetzen, die zwar gegen die russische Minderheit gerichtet waren, aber auch die Lage der ungarischen Volksgruppe schädigten. Das hat die Beziehungen zwischen Budapest und Kiew erheblich gestört. Drittens hat Ungarn zwar alle EU-Sanktionen gegen Rußland mitgetragen, doch immer zu Protokoll gegeben, daß man sie für unsinnig halte. Sie würden nämlich Rußland nicht an der

Weiterführung des Kriegs hindern – und zugleich den westlichen Staaten mehr schaden als nützen. Deshalb haben die Ungarn, viertens, von Anfang an empfohlen, möglichst schnell zu Verhandlungen zu kommen, bei denen neben den Ukrainern und Russen auch die Amerikaner am Tisch säßen. Nur ein Interessenausgleich zwischen den USA und Rußland könne nämlich nachhaltigen Frieden stiften.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Orbán, wenn auch spät, dem NATO-Beitritt Schwedens letztlich zugestimmt hat, und das lag nun gewiß nicht im Interesse Putins, oder?

Absolut nicht. Die Ungarn haben ihre Zustimmung auch gar nicht deshalb verzögert, weil sie Putin einen dienst erweisen wollten. Im Hintergrund spielte folgendes eine wichtige, zu wenig ernst genommene Rolle: Schweden war seit vielen Jahren eines der schärfsten Kritikerländer der ungarischen Migrations- und Innenpolitik. Also hatte die Fidesz-Führung noch eine klimatische Rechnung offen.

Am Ende hatte der schwedische Ministerpräsident Ulf Kristersson eine Art „Canossagang“ nach Budapest zu unternehmen, um die massive Verstimmung dort zu beheben; Anschließend gab es grünes Licht für Schwedens Nato-Beitritt. Es ging also darum, den Schweden zu sagen: Ihr könnt nicht mit uns nach Belieben umspringen, also arrogant und von oben herab – und zugleich erwarten, daß wir Ungarn zu allem Ja und Amen sagen, was ihr wollt. Vielleicht sollten auch andere EU-Staaten diese Lehre beherzigen ...

„Abendland“-Recherchen bei jüdischen Gemeinden in Ungarn haben ergeben, daß das dortige Leben im Vergleich zur erheblichen Bedrohungslage jüdischen Lebens in EU-Ländern wie Deutschland und vor allem Frankreich relativ ungefährlich ist. Unsere Gesprächspartnerin Dr. Anat Kalman, Jüdische Gemeinde Budapest, zog auf Nachfrage eine erfreuliche Bilanz und sagte: „Ungarn ist eines der sichersten Länder für die europäischen Juden!“ Deckt sich das auch mit ihren Erkenntnissen?

Voll und ganz! In Budapest gibt es ein sehr lebendiges, großes jüdisches Viertel. Wenn Sie in der Stadt spazieren gehen, treffen Sie immer wieder auf jüdische Bewohner, die sich mit Kippa völlig ungefährdet auf der Straße zeigen. In Berlin ist das nicht mehr so selbstverständlich, weshalb die dortige jüdische Gemeinde von dergleichen auch abrät. So war das sogar schon lange vor dem Hamas-Terror im Oktober 2023. In Budapest hingegen gibt es keine Übergriffe auf Juden – anders als in vielen deutschen Städten, wo es immer wieder zu körperlichen oder zu symbolischen Attacken durch Judenstern-Hinweise in denunzierender Absicht kommt. Was es gleichwohl an Spannungen gibt, hat mit der politischen Spaltung des Lands zu tun. Die größte jüdische Gemeinde Ungarns befindet sich

nämlich im oppositionell geprägten Budapest, und viele der jüdischen Ungarn sind Intellektuelle und Akademiker – und als solche meist Orbán-Gegner. Freilich gibt es in Ungarn auch konkurrierende jüdische Organisationen samt einer beachtlichen Zahl von Fidesz-Anhängern. Mein Resümee: Wenn es in Europa ein betont judenfreundliches Land gibt, dann ist das Ungarn!

Noch zu im Kern ungelösten Migrationsproblematik: Ihr Kollege Herfried Münkler schrieb 2014 in einer regierungsnahen Publikation, daß die größte sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts die Gefährdung von Grenzen nicht durch feindliche Militärverbände, sondern durch gewaltige Flüchtlingsströme sei. Münklers Ausführungen mündeten dann in die Behauptung, daß Europa infolge seiner Wertebindung nicht in der Lage sei, diese Flüchtlingsströme an seinen Grenzen zu stoppen und zurückzuweisen. Stichwort „Wertebindung“ und „Grenzsicherung“: Warum würde eine faktisch umgesetzte Zurückweisung von illegaler Massenmigration, auch mit robusten Mitteln, gegen eine europäische Werteordnung verstoßen?

Das hängt davon ab, wie man grundsätzlich über das Verhältnis von Moral und Machtmöglichkeiten, auch von Interessen und Werten in der Politik nachdenkt. Da kommt man nämlich zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen. Jene, die meinen, daß es mit europäischen Werten nicht vereinbar sei, die Grenzen angemessen zu sichern, haben oft die im Mittelmeer ertrinkenden Migranten vor Augen. Tatsächlich paßt es nicht zu unseren Wertvorstellungen, daß wir Menschen einfach ertrinken oder in Bürgerkriegen umkommen lassen.

Andererseits gibt es auch kein grundsätzliches Menschenrecht aufs Einwandern nach Europa oder überhaupt darauf, daß man sich seinen Wohnsitz auf der Erde ganz unabhängig von den Interessen der vor Ort lebenden frei auswählen kann. Also geht es um die Frage: Kann man es einem Kontinent wie Europa, kann man es einzelnen europäischen Staaten unter-sagen, die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung nach eigenen Interessen zu steuern?

Oder gilt das Interesse etwa von Afrikanern, die ein besseres Leben genau in Europa führen wollen, mehr als der Wunsch von

Europäern, jene Einwanderung zu begrenzen, die ihr Leben und ihre Sozialsysteme verändert? Genau das ist die Streitfrage.

Da hat sich Ungarn klar festgelegt: Migrationsbegrenzung ja!

Die ungarische Regierung hat sich hier seit 2015 klar positioniert. Auch mir scheint übrigens, daß die ungarische Haltung den realen Interessen der europäischen Bevölkerungen wesentlich näher kommt als die idealistische Vorstellung, wir müßten aufgrund unserer Verpflichtung auf die Menschenwürde die Tore Europas für sämtliche Menschen auf der ganzen Welt öffnen, sofern sie hier ein besseres Leben suchen.

In einer Deutschlandfunk-Sendung vom 30. Juli 2015 vertrat der renommierte Philosoph Peter Sloterdijk in diesem Zusammenhang die Meinung, daß eine allzu attraktive Nation ein Abwehrsystem aufzurichten habe, zu dessen Konstruktion eine „wohltemperierte Grausamkeit von Nöten“ sei. Womit er sich ganz offenkundig auch für eine robuste Grenzsicherung aussprach. Wie sehen Sie diese Problematik?

Es ist wie mit dem alten, bewährten Grundsatz „Si vis pacem para bellum“ („Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor“). Auf die Migrationsthematik bezogen, lautet er so: „Mache es so wenig attraktiv wie möglich, in dein Land zu gelangen! Nur dann hast du nämlich nicht das Problem, einst an der Grenze womöglich Menschenmassen abweisen zu müssen.“ Im Klartext heißt das: Wenn wir die Migration in die europäischen Sozialsysteme begrenzen wollen, dann dürfen wir nur noch solche Migranten dauerhaft aufnehmen, die wir selbst zum Zuwandern ausgewählt haben.

Wenn wir Leute ohne Rechtstitel zum Verbleib in Europa wirklich nicht dauerhaft bei uns haben wollen, weil sie nämlich weder politisch verfolgt sind noch aus Bürgerkriegsländern flüchten müssen, dann brauchen wir wirksame Abschiebepraktiken. Und wenn wir dann wirklich niemanden mehr aufs Geratewohl nach Europa einreisen lassen, dann spricht sich das im Digitalzeitalter weltweit ebenso rasch herum wie einst Deutschlands „Willkommenskultur“, als Folge all dieser Maßnahmen sinkt dann auch der Migrationsdruck – sogar ohne „wohltemperierte Grausamkeit“.

Herr Professor Patzelt, vielen Dank für dieses Gespräch



Bild von Budapest © 12019 auf Pixabay

Neulich im Deutschunterricht

VON BORIS WOLKOW

Interview mit einer Teilnehmerin im Deutsch-Abendkurs aus Moskau

Swetlana M. (Name von der Redaktion geändert) ist gelernte Buchhalterin und hatte in Moskau ihren eigenen Kosmetik-Salon, als sie ihren späteren Mann kennenlernte, einen Deutschen, zu dem sie vor ein paar Jahren nach Deutschland umsiedelte.

Sie ist Perfektionistin und möchte auch ihre schon sehr gut vorhandenen Deutschkenntnisse in einem Abendkurs bei der Volkshochschule perfektionieren. Dabei macht sie interessante und vor allem authentische Beobachtungen und wir von der „Bergischen Freiheit“ durften sie dazu interviewen.

BF: Swetlana, wenn Sie in diesen Tagen und von dieser Entfernung aus auf Ihre Heimat Russland schauen, was können Sie sagen, wie fühlen sich die Russen?

S.M.: Die Menschen in meiner Heimat haben genug vom Krieg, sie sind kriegsmüde. Wenn ich meine Heimat besuchen möchte, muss ich über Istanbul mit langem Zwischenstopp und manchmal auch mit einer Bombendrohung fliegen. In solchen Momenten sind alle sehr ruhig und diszipliniert.

Dadurch können wir gemeinsam die Situation ertragen. Ich stelle auch fest, dass jetzt immer mehr Männer aus der Ukraine nach Deutschland kommen, weil sie nicht auf andere Männer schießen wollen und natürlich auch nicht sterben möchten. Ich habe dafür Verständnis, andererseits muss deren Heimat doch verteidigt werden!

BF: Sie sprechen die Situation der Ukrainer hier in Deutschland an. Sind viele Ukrainer auch nach Russland geflohen? Wie sind die Erfahrungen der Russen mit den Ukrainern dort?

S.M.: Ja, Russland hat viele Ukrainer aufgenommen. Sprachlich gibt es gar keine Probleme, weil die Ukrainer überwiegend Russisch sprechen. Sie wollen natürlich am liebsten in unseren Großstädten leben, das ist ein Platzproblem.

Es gibt auch eine neu erbaute Stadt 200 km südlich von Moskau, die für ca. 200.000 Bewohner angelegt ist. Dort gäbe es viel Platz zum Wohnen und Arbeiten, aber sie wollen dort nicht als Kellner, Reinigungskraft u.a. arbeiten. Das ist auch ein Problem.

Aber das ist, glaube ich, auch hier in Deutschland nach zwei Jahren

Erfahrungen mit den „Flüchtenden“ ein Problem. Auch in Polen und Tschechien muss man die Ukrainer daran erinnern, dass die „Flüchtenden“, egal ob sie aus der Ukraine oder aus anderen Ländern kommen, zum einen durch die aufnehmende Gesellschaft „gerettet“ wurden, zum anderen aber auch berechtigterweise erwarten, dass sie ihre Arbeitskraft zum Wohle der aufnehmenden Gesellschaft – als Dank oder als Wiedergutmachung - zur Verfügung stellen. Das ist moralisch nicht verwerflich. Diese Erwartung haben auch wir Russen. Ich finde, darüber müsste man offen sprechen können.

BF: Nun zu einem anderen Thema. Momentan ist nicht mehr viel übrig von der Deutsch-Russischen Freundschaft. Glauben Sie, dass diese eines Tages noch einmal wiederbelebt werden könnte?

S.M.: Die Leute in Russlands verstehen nicht so richtig, welche Themen hier in Deutschland plötzlich wichtig geworden sind. Ob das die Diskussionen zu LGBTQ-Bewegungen sind oder sogar auch noch diese unsägliche Frühsexualisierung der Kinder. Auch die mehr oder weniger Straffreiheit der muslimischen Gewaltverbrecher bei Verge-

waltungen oder Gruppenvergewaltigungen oder sogar den „Messermorden“ junger Menschen, Frauen und sogar Polizisten. Da wird dann immer nach einer psychologischen Entschuldigung gesucht. Ganz schwierig ist auch die Kriegstreiberei hier in Deutschland für einen Krieg, der nicht der Krieg der Deutschen ist. Das ist der Krieg zwischen den Russen und den Ukrainern, provoziert von der NATO, allen voran den USA. Diesen Krieg wollen die Russen auch nicht. Kein Volk will das.

Bei uns in Russland gehen die Behörden z.B. sehr streng gegen Verbrechen vor. Russland hat auch Probleme mit muslimischen Straftätern, die aus den ehemaligen Sowjetrepubliken des Kaukasus kommen. Wenn diese beim Drogenhandel erwischt werden, gehen sie für 20 Jahre ins Gefängnis.

Und russische Gefängnisse sind nicht so angenehm wie deutsche Gefängnisse! Überhaupt gibt es auch Unterschiede in der Akzeptanz des Delinquenten seiner Schuld. Ein deutscher Mörder sagt: Es ist dann passiert. Also die Situation war schuld. Ein russischer Mörder sagt: Ich habe gemordet, ich bin ein schlechter Mensch und nicht

würdig in der Gesellschaft zu leben. Der ehemalige Wagner-Chef Prigoschin war selbst im Gefängnis, kannte also das System dort und hat sicherlich auch deshalb viel Erfolg bei der Rekrutierung von Gefangenen zu Soldaten gehabt, weil er ihnen wieder einen Sinn im Leben geben konnte, natürlich auch die Freiheit.

Was ich damit sagen will ist, dass immer mehr Unterschiede in unseren Gesellschaften – der deutschen und der russischen – auftreten. Die Russen wundern sich über die Entscheidungen der aktuellen deutschen Regierung, ich habe ein paar Beispiele genannt. Aber ich glaube, dass wir wieder zueinanderfinden können, weil sich unsere Kulturen etwas zu sagen haben. Die Russen haben schon einmal 100 Jahre Mongolenherrschaft überstanden und ihre Kultur über diese Zeit gerettet.

Ob die Deutschen 100 Jahre dieser Art von Regierung schadlos überstehen können, kann ich nicht sagen. Wir stehen am Anfang eines solchen Experiments. Hoffentlich bleibt es ein kurzfristiges.

BF: Swetlana, vielen Dank für diese interessante Gespräch und alles Gute beim Deutschlernen!

Fünf Regeln für den Weltfrieden

Eine Anleitung und viele Aufgaben

VON LÄTTIA CAPUCCI

„Fünf Regeln für den Weltfrieden“ lautet das Vortragsmotto von Dr. Daniele Ganser, Schweizer Historiker und Friedensforscher, der in diesem Jahr durch Deutschland, Österreich und die Schweiz tourt, um seine Botschaft möglichst vielen Menschen zu erklären und nahe zu bringen. Sein Vortrag am 16.05.2024 im Eurogress in Aachen beleuchtete folgende fünf Friedensregeln:

1. **UNO-Gewaltverbot achten**, das bringt Stabilität. Mehr Rüstungsindustrie führt nicht zu mehr Sicherheit!
2. **Alle gehören zur Menschheitsfamilie**, egal wer welche Religion hat.
3. **Friedensverhandlungen (Russland – Ukraine) nicht sabotieren**, wie leider in Istanbul sechs Wochen nach dem Kriegsbeginn am 24.02.2022 geschehen.
4. **Medien berichten für den Frieden statt für den Krieg.**
5. **Achtsamkeit in der Kommunikation** – gewaltlose

Kommunikation pflegen. Der Vortrag war zweigeteilt. In der ersten Hälfte (sie bezog sich auf das UNO-Gewaltverbot) – das war ihm sehr wichtig – listete er auf, dass die fünf Veto-Mächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich praktisch nie verurteilt werden, weil sie sich gegenseitig mit ihrem Veto-Recht für illegale Angriffskriege den Rücken freihalten. Da liegt der Hase im Pfeffer, wobei alle illegalen Angriffskriege der USA (1945 wurde die UNO gegründet) von 1948 (Italien) bis 2022 (Deutschland – Nordstream 2) und 2024 (Jemen) bei weitem mit 27 Angriffsbombardements das größte Kerbholz darstellen.

Das alles hatte aus Sicht der USA Gründe und aus Sicht der betroffenen Länder – und Menschen - auch Auswirkungen. Gansers Schlussfolgerungen für Deutschland lauten daher: **Raus aus der NATO und Ramstein muss geschlossen werden!** Der Beifall war riesig.

Unter Bezug auf die Aussage von George Friedman, dass die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau vernichtet werden sollten, stellte er ebenso klar, dass die USA dafür die Weltkriege I und II geführt hätten. Wieder riesiger Beifall.

Im zweiten Teil seines Vortrags ging er auf die Regeln 2-5 ein. Dabei ist besonders zu Regel Nr. 3 zu erwähnen, dass eine Furcht vor den Russen in der Bevölkerung installiert werden soll ... und wenn man ganz allgemein nicht die Angst habe, die aktuell sei, werde man diskriminiert. Ein mögliches Ausstiegsszenario diesbezüglich wäre zu sagen: „Ich mache eine Pause, ich bin dann bei der nächsten Angst wieder dabei.“ Leider beteiligt sich das Fernsehen dabei rege, denn es produziere jeden Tag eine neue Angst. Gansers Tipp hierzu: Offline sei das neue Bio! Zurück zu den von Johnson und Biden sabotierten

Friedensplänen von Istanbul. Harald Kujats Einschätzung dazu war, dass der Krieg nach sechs Wochen hätte verhindert werden können. Gansers Einschätzung zur gegenwärtigen Situation lautet: Das USA-Imperium in seiner unrealistischen Selbsteinschätzung überdehne zur Zeit, was zur Folge haben werde, dass Russland siegt und Israel verliere. Deutschland sollte aber dabei nicht mit „über die Klippe gehen“.

Interessant ist natürlich auch die Einschätzung zu Regel Nr. 4 in Bezug auf die Aufgabe der Medien in dem Ganzen. Ganser hat dazu auf seiner Homepage einen Mediennavigator zusammengestellt, auf dem zu erkennen ist, welche Medien man nutzen könnte. Je ein Negativ-Beispiel brachte er in Bezug auf die BBC-Berichterstattung zu den Ereignissen am 11.09.2001, wo BBCseits um 17 h darüber berichtet wurde, wohingegen die

Türme erst um 17.20 h zusammengestürzt waren, und den „Spiegel“, der im November 2011 getitelt hatte: „Die Deutschen müssen das Töten lernen“. Das muss man nicht mehr kommentieren.

Um in diesen Situationen mehr Achtsamkeit zu entwickeln (Regel Nr. 5) sollte der interessierte Zeitgenosse zwischendurch Erholung in der Natur suchen, um wieder zurück in die Freude zu kommen und sich selbst immer wieder auszubalancieren.

Wer nun aktiv am Weltfrieden arbeiten möchte, dem sei gesagt, dass Daniele Ganser im Juni 2024 die Durchführung eines Friedenscamps geplant hat, an dem Sie sicher noch teilnehmen können, Infos unter community-danieleganser.online. Jeder vernünftige Mensch tut das, also runter vom Sofa und rein in die Friedensaktionen!!! Wir alle sollten es den Regierungen dieser Welt zeigen!

Habeck bei Mittelstandsvereinigung

VON GEORG KLEIN



Foto Sandro Halank/wikimedia.org

Herr Vizekanzler und Wirtschaftsminister Habeck. Seine Worte bei der Mittelstandsvereinigung am 13. März 2024

Die Bürokratie entsteht aus etwas Gutem heraus wenn du sagst das sind alles Idioten versteht man nicht warum da wo das Problem ist etwas Gutes denn der

Staat macht ja keine Fehler, stellen sie sich vor jede heutige Baugenehmigungen wär wieder zu kassieren und sie werden mit dem Risiko alleine gelassen oder jede zweite Lebensmittelausgabe, Bäcker oder Restaurants wär gesundheitsgefährdend, alle hatten permanent Durchfall. Wäre auch nicht gut. Was hat der wohl geraucht??

Sie möchten die nächsten vier Ausgaben der Bergischen Freiheit für 20 € zugeschickt bekommen? Anfrage bitte an redaktion@bergische-freiheit.de

Werbung ist ebenso möglich!

Wir senden Ihnen gerne unsere günstigen Konditionen zu. Bitte schicken Sie dazu ebenfalls eine Anfrage an redaktion@bergische-freiheit.de

08 | Lokales

Wermelskirchen

„Unsere Demokratie“ – was ist das eigentlich

VON MARCUS SCHMIDT



Foto von © I-f-GE

Aus der Wermelskirchener Stadtratsfraktion der AfD schied der frühere Fraktionsvorsitzende Karl Springer aus und wurde durch Manfred Schawohl aus der Reserveliste der AfD ersetzt. Da Karl Springer, aufgrund der dünnen Personaldecke der AfD-Fraktion auch seine Wähler in sehr vielen Ausschüssen vertreten musste, war notgedrungen eine größere Um- bzw. Neubesetzung in den einzelnen Ausschüsse erforderlich.

Diese Umbesetzungen müssen durch den Stadtrat bestätigt werden, was üblicherweise eine reine Formalität darstellt, weil meist mehrere oder alle Parteien zum Start einer Ratsperiode ihre Besetzungswünsche vorlegen.

Doch diesmal lehnte der Stadtrat, dominiert von CDU, SPD und den Grünen, sämtliche Besetzungswünsche der AfD doch ziemlich überraschend ab.

In einer Stellungnahme bezeichnete der enttäuschte Manfred Schawohl diesen Vorgang als äußerst peinlich für die Stadtratsmitglieder, insbesondere derer, die sich bei jeder Gelegenheit als "Demokraten" bezeichneten. Diese hätten es offenbar sehr nötig, sogar die hier vor Ort kleine AfD daran zu hindern, Interessen ihrer Wähler in den Ausschüssen überhaupt einbringen geschweige denn diese dort vertreten zu können.

Vor kurzem hätten die gleichen Leute noch das 75-jährige Grundgesetz bejubelt.

Es wäre wünschenswert, wenn dieses auch hier in Wermelskirchen seinem Geiste nach gelebt werden würde.

Das neue Ratsmitglied bemerkte: "Wir als AfD gehen davon aus und kämpfen dafür, dass sich auch in Wermelskirchen letztendlich die Demokratie im Sinne von Wahlergebnissen und damit die bestmögliche Arbeit für die Bürger dieser Stadt durchsetzen wird. Dafür wurden wir gewählt. Was meine persönliche politische Haltung angeht, ist diese im AfD-Grundsatzprogramm nachzulesen."

Dass diese dem politischen Gegner auch vor Ort nicht gefällt, sollte niemanden überraschen."

Leichlingen

Blütenstadt Leichlingen aktuell

VON DORIS HEINE

Leichlingen beherbergt derzeit 425 Asylbewerber unterschiedlicher Nationalitäten und 299 Migranten aus der Ukraine.

Davon haben 357 eine Aufenthaltserlaubnis, 168 eine Aufenthaltsgestattung, 95 Menschen haben eine Fiktionsbescheinigung, also einen Nachweis über ein vorläufiges Aufenthaltsrecht. Bei 26 Menschen ist der Status der Stadt unbekannt. 68 weitere Asylbewerber und anerkannte

Flüchtlinge werden lt. Stadt in den nächsten Monaten hinzukommen. Die bestehenden Unterkünfte sind stark belegt, das liege auch an der Wohnungsknappheit in Leichlingen. 132 Menschen muss die Stadt gegenwärtig noch unterbringen.

Als „mögliche letzte Raumreserve“ hat die Stadt einen Teil der ehemaligen Tennishalle Bremsen im Auge. Kosten: rund 2.600€ plus Catering und Security. Deshalb will die Stadt

eine neue Containeranlage für 72 Menschen in Oberschmitte 13-15 beschaffen. Die Aussagen der Stadt, warum mögliche Standorte wie der Walter-Frese-Park, Balkler Aue, Schulbusch, oder das ehemalige Gelände der Stadtwerke an der Bahnhofstraße nicht in Frage kommen, sind z.T. nicht überzeugend.

Fragen:

1. Unterhalb der lauten Bahnstrecke wohnen seit Jahren Leichlinger Bürger. Diesen kann

die Lautstärke zugemutet werden, doch den Asylbewerbern nicht?

2. Kann sich die Stadt das Mieten „umweltfreundlicher“ Container leisten? Schließlich muss der Steuerzahler dafür aufkommen.

3. Wie soll es generell weitergehen? Die derzeitige Politik lässt keinen echten Willen zur Beendigung der illegalen Migration sowie der massenhaften Ausnutzung unseres Asylrechts erkennen.

<https://www.ksta.de/region/leverkusen/leichlingen/leichlingen-nur-gefluechtetenunterkuenfte-in-oberschmitte-moeglich-768502>

<https://www.rundschau-online.de/leichlingen/leichlingen-unterkuenfte-fuer-gefluechtete-764473>

<https://www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/verteilstatistik-wsa-2024-04-21.pdf>

Burscheid

Kurzanalyse der EU-Wahlergebnisse in Burscheid

VON DORIS HEINE

Bei der EU-Wahl 2024 in Deutschland hat sich die politische Landschaft im Vergleich zur vorherigen Wahl verändert.

Sie hat sich zu einer nationalen Zwischenwahl entwickelt, in der die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik der Bundesregierung sowie wirtschaftlicher Pessimismus ihren Niederschlag gefunden

haben. Die Ampelparteien (SPD, Grüne, FDP) sind die Verlierer der Wahl, während die Union neben der AfD als klare Gewinnerin hervorgeht.

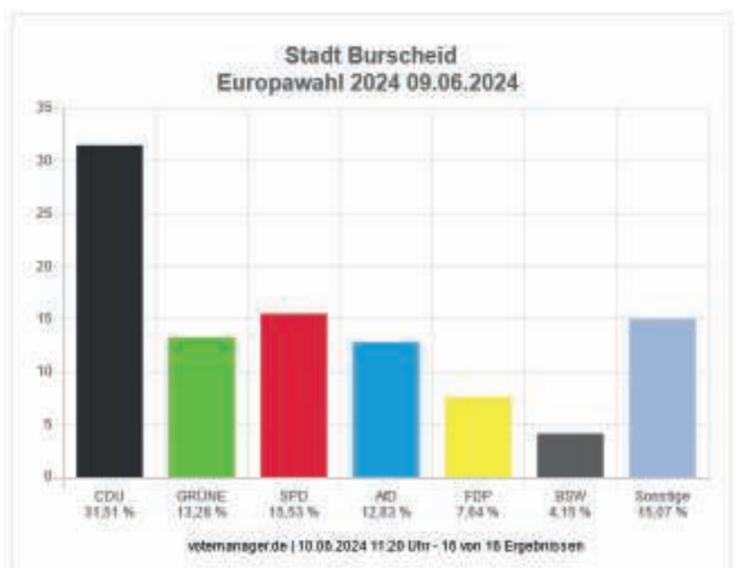
Ähnlich wie im Bund verzeichnen die Grünen in Burscheid die größten Verluste (-11,4 Prozent), die AfD die größten Zugewinne (+4,7 Prozent).

Die große Frage ist, ob sich die

AfD in Burscheid zur Kommunalwahl 2025 formiert?

Wird sie genug Unterstützer finden, um bei der Kommunalwahl antreten zu können?

Quelle: https://wahlen.kdvz.nrw/production/EW2024/05378008/praesentation/ergebnis.html?wahl_id=157&stimmotyp=0&id=ebene_3_id_3



Deutschland - einig Denunziantenland?

LESERBRIEF VON DR. CHRISTINE MÜLLER



Denunziantentum ist keine ausschließlich deutsche Eigenheit. In vielen Regionen des heutigen „Wertewestens“ war es über eine sehr lange Zeit üblich, unliebsame Nachbarn zu denunzieren, um sie dann von religiösen oder staatlichen Institutionen als Hexen oder Ketzer verbrennen zu lassen. Die meisten dieser Regionen kamen irgendwann wieder zur Vernunft, in Deutschland jedoch liefen Blockwarte und Denunzianten 1933-45 noch einmal zur Hochform auf, in den östlichen Landesteilen ging es dann sogar bis 1989 weiter. Nach der Wende schien die Sache erledigt, doch dann kam die „Pandemie“ und mit ihr die Renaissance für Blockwarte und Denunzianten.

Musste man bis vor kurzem noch seine Stellung in der Gesellschaft durch eigene Leistung erkämpfen, gehörte man jetzt zum elitären Club der „Guten“, wenn man sich den schwachsinnigsten Maßnahmen kritiklos unterwarf und fleißig denunzierte: Illegale Kindergeburtstage, feiernde Jugendliche, Maskenverweigerer, kritische Ärzte -egal was-, Hauptsache viel und eifrig. Die hauptberuflichen „Ordnungshüter“ mussten sich nicht mehr von Antifa oder Klima-Terroristen mit Ziegelsteinen oder Fäkalien bewerfen lassen oder vor BLM-„Aktivisten“ kuschen, sondern durften nun hemmungslos Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen friedliche Demonstranten

einsetzen. Und weil's so schön war, machten die selbsternannten Sittenwächter eifrig weiter. Verfassungsschutzchef Haldenwang erfand mit der „verfassungsschutz-relevanten Delegation des Staates“ einen neuen Tatbestand, mit dem jede Art von Regierungskritik kriminalisiert werden soll.

Die Amadeo-Antonio-Stiftung richtete Anfang 2023 eine Meldestelle für „Antifeminismus“ ein. Nein, hier geht es nicht um weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Gruppenvergewaltigungen, aber man darf „sexistische, Frauen- und queerefeindliche Drohungen und Anfeindungen“ denunzieren. Die NRW-Landesregierung schuf bereits 2022 insgesamt fünf „Meldestellen“ für „Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus sowie anti-Schwarzen, antiasiaten und weitere Formen von Rassismus“. Dabei ist explizit auch die Denunziation von Vorfällen „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ erwünscht. Nebenbei zieht ein selbsternannter „Anzeigen-Hauptmeister“ durch's Land, um Falschparker zu melden. Er wird medial gefeiert und man ruft zur Nachahmung auf. Im März 2024 wurde eine 16-jährige Schülerin in Mecklenburg-Vorpommern denunziert, weil sie in einem Schlumpfvideo

ihre Sympathie zur AfD bekundet hatte. Ihr Schulleiter rief die Polizei und das Mädchen erhielt eine „Gefährderansprache“. Als vier muslimische Schüler zu Beginn des Jahres die Einführung Schariakonformer Regeln an ihrer Schule in Neuss forderten, sah die Polizei übrigens „keine Straftat“.

Und dann kam Sylt. Zu Pfingsten 2024 feierten ein paar Endzwanziger im exklusiven „Pony“-Nachtclub in Kampen/Sylt und sangen dabei einen provokanten Text zu Gigo D'Agostinos „L'Amour Toujours“. Es war nicht das erste Mal, dass diese Version erklang, aber das erste Mal, dass daraus eine Staatsaffäre konstruiert wurde: „Eklig“, „schockierend“, „eine Schande für Deutschland“ - Politik und Medien überschlugen sich in der Bekundung ihres Abscheus. Die Empörungswelle zum Skandal im Pony-Club übertraf die eher verhaltene Kritik an den Hamburger Kundgebungen mit der Forderung nach einem Kalifat in Deutschland oder den antisemitischen Ausschreitungen in Berlin und anderswo um ein Vielfaches. Es wurde eine multimediale Hetzjagd auf die Feiern veranstaltet, einige verloren bereits ihre Jobs oder sollen von ihrer Universität exmatrikuliert werden. Armin Laschet findet das gut. Raheem

Boateng, der für „Muslim Interaktiv“ das Kalifat gefordert hatte, darf übrigens weiter studieren. Nun soll sogar der Original-Song von Gigi D'Agostino verboten werden, damit niemand mehr auf die Idee kommt, ihn mit dem falschen Text zu singen. In Magdeburg wurden zwei junge Männer denunziert und durchsucht, weil sie angeblich den Song in ihrem Auto gehört und lautstark diesen falschen Text gesungen hatten. Aber auch anderswo erfreut sich die unerwünschte Version zunehmender Beliebtheit. Das Original „L'Amour Toujours“ kletterte inzwischen auf die Spitzenplätze der iTunes-Charts, jeder will jetzt „Döp Dö Dö Döp“ hören. Es hat den Anschein, als hätten die Sittenwächter diesmal übertrieben und ihre Empörungswelle geht nach hinten los.

Aus diesem Grund besteht noch Hoffnung im Denunziantenland. Die Diktaturen der Vergangenheit wurden wesentlich von Mitläufern und Denunzianten gestützt, also sollten wir uns rechtzeitig wehren.

Und die beste Verteidigung gegen Denunzianten und nervige Moralapostel besteht darin, sie einfach zu ignorieren - und weiter zu provozieren.

In diesem Sinne schließe ich mit einem überschwänglichen „Döp Dö Dö Döp“!

„Zu wenig Widerstand gegen Dauerpropaganda und Hetze“

LESERBRIEF VON ERWIN RITTENDORF, OVERATH

Schon länger ist es mir Bedürfnis, einen Beitrag bzgl. des mangelnden Widerstands gegen die indoktrinierende Dauerpropagandahetze uns übergestülpter neofaschistischer Ideologie zu verfassen.

Man muss definitiv kein feuriger AfD Anhänger sein, es reicht vollkommen als leidenschaftlicher Demokrat die politische Szene und die zunehmende Abhängigkeit fremdfinanzierter Mainstreams, sowie regierungsfinanzierter NGOs zu beobachten.

Lebenslangem Demokraten dreht sich mittlerweile ohne Pause der Magen um, wenn mit hysterischen Angstszenarien gelogen, oder aus nichtigen Anlässen zu kalkulierten Zeitpunkten aufgeblasen wird, was so annähernd gar nicht stattgefunden.

Für jeden Deppen verständliche Narrative werden gezielt kreiert, um politisch Andersdenkende,

letzlich jeden kritischen Bürger in rechten Ecken zu verorten und ihn damit nicht nur gesellschaftlich auszugrenzen, sondern die angesprochene Problematik unter skurrilen Wertekanon mit üblem Malus versehen aus den Köpfen zu verbannen. Dagegen wird sich viel zu wenig gewehrt!

Ob die Lügen und Verdrehungen eines hauptsächlich hauptregierungsfinanzierten Correctiv, oder die aktuelle Kampagne gegen die "Russenspartei AfD" (sowas wird im Bundestag ungerügt von Fehlbesetzung Bas und ihren kongruenten weiblichen Vizes hingenommen) wegen angeblicher Finanzierung Bystrons durch russische Dienste; - um nur 2 zeitnahe Beispiele zu nennen - da geht es überhaupt nicht mehr um Tatsachen.

Es geht ausschließlich um kollektives Diskreditieren und den Leumund von rechtsextremen Nazis

unumkehrbar in der Bürger Köpfe zu hämmern.

Völlig egal, was im Nachhinein zurückgenommen, scheinrelativiert oder null schamhaft diametral eingeräumt werden muss. Hängen bleibt stets der flächendeckend inszenierte mediale Aufschrei, die neuen politischen Forderungen "zum Schutz der Demokratie!" und letztlich die unfassbare Beleidigung von Millionen AfD Wählern als zu verachtende Nazifolgschaft.

Mit guten Reden im Bundestag, die diesen durchsichtigen Mechanismus brandmarken und entlarven, ist es allerdings nicht getan. Die sehen viel zu wenig Bürger, zumal inhaltlich im Parlament nie von den anderen Parteien darauf eingegangen wird.

Es müssten Initiativen gestartet werden, welche volksnahe Transparenz ganz oben in der Agenda stehen haben.

Es müssen keine AfD Stände sein, sondern starke und gut organisierte Gruppen, welche die demokratiefeindlichen Machenschaften von Faeser/Haldenwang, den kriegtreibenden Wahnsinn, den wirtschaftlichen Niedergang aus reiner Bürgersicht anprangern. Und natürlich dürfen die in keiner Weise rechtsaußen angreifbar sein. Darauf muß größter Wert bei den Initiatoren gelegt werden!

Das ist alles nicht schwer und die Mehrheit der Bevölkerung ist dafür sperrangelweit offen. Nur muss man nachhaltig das Nazinarrativ eliminieren!

Hiesig wird aktuell eine Aktion der AfD gegen die Frühsexualisierung in Kindergärten, Vorschulen und Grundschulen gestartet, was der o a Volksnähe schon sehr entspricht und noch mit der Geschlechterbestimmung ab 14 Jahre gut zu ergänzen wäre.

Was die dafür offene Mehrheit weiter schreckt, ist der Nazi-AfD Malus, dem endlich mit dem viel zu lange erschreckend vernachlässigten Begriff liberal konservativen Labels der Garaus gemacht werden muss.

Mehr solche bürgernahen Themen, mehr Zeugnisse demokratie-feindlicher grüner Aktionen, mehr entlarven durchsichtig hysterischer Angstmacherei und oft halt ohne AfD Logo auf Initiatorenfahne.

Das würde ich mir von den Machern einer Alternative zu herrschendem Irrenhaus innig wünschen.

In anhängendem Video kommt Bystron ausführlich zu Wort und gibt detailliert Beispiel und Erklärungen zu manipulativer Hetze, zum Tschechischen Geheimdienst, zu keiner Namensnennung und zu kurioser Nichtherausgabe Vorwurf belegender Unterlagen.

„75 Jahre Grundgesetz“

LESERBRIEF VON MICHAEL ROTH, KÖLN

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so heißt es in Artikel 1 im Grundgesetz.

Dieser Text suggeriert ein unrealistisches Menschenbild, denn würdig ist der Mensch erst durch sein Hinzutun - zum

Beispiel durch einen guten Lebenswandel. Stattdessen hat der Mensch ein Recht auf Leben, ohne Körperverletzung, Todesstrafe und Abtreibung.

Daher sollte es in Artikel 1 des Grundgesetzes heißen:

„Das Leben des Menschen ist unantastbar.

Das Leben zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Diese Umformulierung ist längst überfällig und wertet das Grundgesetz auf.

„Tag der Pressefreiheit“

LESERBRIEF VON MICHAEL ROTH, KÖLN

Am 3. Mai war wieder mal Tag der Pressefreiheit. Hierzu meine Meinung: Pressefreiheit gibt es nicht - sie ist eine Illusion. Jeder Journalist ist abhängig, sei es von Politik, Verlagshaus, Sendeanstalt, Auftraggeber, oder ganz einfach, von seinem Vorgesetzten. Derzeit gilt in den

Medien die Weisung, die jeweilige Berichterstattung „politisch korrekt“ auszurichten, mit Schlagworten, wie „Demokratie und „Vielfalt“ in Einklang zu bringen, sowie die „Gendervorgaben“ umzusetzen. Wie heißt es doch so schön: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe“!

10 | Freizeit · Natur

Eine tropische Schatzsuche – Minigolf-Spaß für die ganze Familie

VON DASBERGISCHE.DE



von © Daniel Kirsch auf Pixabay

Finde den Schatz des Mayakönigs wie Indianer Jones! Die 600 qm große Glashalle mit echten Palmen bietet die perfekte Kulisse für ein Abenteuer über 16 spannend gestaltete Spielbahnen. Tauchen Sie ein in die

Bergbauhistorie der Grube Lüderich und finden Sie den Mayaschatz im mexikanischen Regenwald.

Der Grubenesel „Pablo“ erwartet Sie schon, denn alles auf „dem Lüderich“ erinnert an die jahrhundertalte

Bergbaugeschichte. Der alte Förderturm ist das Wahrzeichen der Erzgrube und steht direkt neben der Adventuregolfanlage.

Vor oder nach der Adventuregolfrunde können Sie in die Panoramabar mit Biergarten einkehren und einen

herrlichen Ausblick über das Bergische Land genießen.

Auch für Gruppen oder Kindergeburtstage gibt es tolle Angebote einen schönen Tag zu verbringen.

www.gc-luederich.de/adventuregolf
Tel.: 02204/97 60-0

Wer möchte kann sich beim nächsten Mal auch nebenan auf den großen Golfplatz trauen: Golfclub am Lüderich

Einlass ist bis 16:30 Uhr.

10. Bergische Wanderwochen 2024

VON DASBERGISCHE.DE



Von © Hermann Traub auf Pixabay

21. September - 06. Oktober 2024.

Zum 10. Jubiläum der Bergischen Wanderwochen gibt es gleich zwei Wanderwochen: die erste hat Ende April stattgefunden, der zweite Teil beginnt am 21.09. und geht bis zum 06.10.2024.

Wir stecken schon mitten in der Planung, um auch im Herbst wieder ein abwechslungsreiches Programm zusammenzustellen.

Begleitet von fachkundigen Wanderführern können Sie dann auch wieder die abwechslungsreiche Landschaft, die Geschichte und Kultur des Bergischen

Wanderlandes erleben.

Es wird kurze Führungen bis hin zu langen Tageswanderungen geben, darunter Wanderwochen mit einer Kanufahrt, Gesundheits- und Pilgerwanderungen, Kräuterwanderungen, kulinarische Wanderungen, Nordic Walking oder Eseltrekking.

Außerdem gibt es auch wieder einige After Work-Wanderungen, sodass auch berufstätige Wanderer auf ihre Kosten kommen und nach der Arbeit die Wanderschuhe schnüren können.

Das Programm finden Sie im Internet unter www.bergische-wanderwochen.de

Honig aus Engelskirchen

VON NATHALIE WAGNER



Foto von © I-f-GE

Die sympathischen Brüder Leon und Florian Grega träumen davon, ihre Bienen und Imkerei bekannter zu machen.

Und ... sie haben auch etwas zu bieten! In Kooperation mit ihren fleißigen Bienen stellen sie mehr als 20 verschiedene Honige her.

Im Programm sind u.a. Vanille-Honig, Kiwi-Honig, Erdbeer-Honig, Kokos-Honig, Zimt-Honig, Lebkuchen-Honig, aber auch der Klassiker, Rapshonig, um nur wenige Sorten zu nennen.

Sollten Sie darüber hinaus noch ein ausgefallenes, aber süßes und gesundes Geschenk für Sie selbst

oder liebe Freunde suchen, schauen Sie vorbei!

Vom Honig-Geschenkeset bis zum Adventskalender besteht eine große Auswahl. Da kommt man auf den Geschmack! Zu beziehen sind die Naturschätze direkt vor Ort oder per Post unter:

Grega's Imkerei
Flaberger Straße 15
51766 Engelskirchen
Telefon: 0175 5982179

E-Mail:
leon.grega@gregas-imkerei.de
www.gregas-imkerei.de

Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben: Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden oder direkt einen Artikel beitragen wollen, ob Sie bei der Verteilung oder in der Administration unterstützen möchten,

wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion

Spenden Sie per PayPal über unsere Webseite i-f-ge.de

Impressum Bergische Freiheit:

Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln
vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: info@i-f-ge.de - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Spendenkonto: I-f-GE, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE87 3705 0299 0320 5556 20, Verwendungszweck: Spende, Ihr Name, Ihre Adresse (für Spendenbescheinigung)

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: redaktion@bergische-freiheit.de

Anekdoten deutscher Geschichte



Die heilige Elisabeth (1207-1231)

VON JOHANN FEHNER



Bild von © Wikimedia Commons

Die Elisabethkirche in Marburg wurde 1235-83 über dem Grab der Heiligen Elisabeth von Thüringen erbaut. Aufgrund ihrer Popularität wurde sie zur Wallfahrtskirche. Wer deutsche Geschichte atmen will, findet sie hier mit der Grablege vieler Deutschritter und dem Bezug zur Heiligen Elisabeth. 1207 (im Jahr des Wartburger

Sägerkriegs) als Tochter des ungarischen Königs Andreas II. geboren, wurde sie aus machtpolitischen Gründen mit vier Jahren mit dem damals elf Jahre alten Landgrafensohn Hermann verlobt und zur Erziehung nach Thüringen geholt. Diese starb jedoch 1216 und so fragte sich der Hof, ob der Verbleib Elisabeths noch sinnvoll sei.

Zwischenzeitlich hatten sich aber Ludwig IV, der jüngere Sohn des Landgrafen und Elisabeth verliebt und heirateten 1221. Aus der zu dieser Zeit untypischen Liebesheirat entsprangen schnell drei Kinder.

Während sich Elisabeth den christlichen Tugenden der Barmherzigkeit verschrieb und unter dem Einfluss der Franziskaner ein kleines Hospiz in Eisenach gründete, widmete sich ihr Mann machtpolitischen Fragen des Reiches und starb schon 1227 auf einem Kreuzzug. Bis dahin unterstützte er jedoch die mildtätige Einstellung Elisabeths. Die Legende erzählt, „dass Ludwig einmal Elisabeth auf einem Gang im Schnee

überraschte und sie scherzend fragte, was sie so schwer unter dem Mantel trägt. Lächelnd gab Elisabeth den Scherz zurück und sagte, es seien Rosen mitten im Winter. Und als Ludwig lieb den Mantel zurückschlug, war Elisabeths Scherzwort zur Wirklichkeit geworden. Rosen, weiß und rot, blühten mitten im Winter im Korb unter ihrem Mantel.“

Als aber Elisabeth nach dem Tode Ludwigs ihr Erbe unter den Armen verteilen wollte, wurde sie durch dessen Nachfolger Heinrich Raspe IV samt ihrer derweil vier Kinder verstoßen. Trotz ihrer Unterstützung der Armen verweigerten ihr diese jedoch ihrer Notlage die Hilfe und sie musste zwischenzeitlich in einem Schweinestall Zuflucht suchen. Ihr Oheim Egbert, Bischof von Bamberg, nahm sich schließlich ihrer an und wies ihr das Schloss Bodenstein zum Wohnsitz an. Die aus dem gelobten Land zurückkehrenden Ritter brachten die Gebeine ihres Ehemanns mit, erstritten gegenüber Heinrich Raspe ihr Witwengut herauszugeben und ein Leibgeding von 500 Mark

Silber zu zahlen. Allerdings verließ Elisabeth bald Schloss Bodenstein, um in einer Lehmhütte nahe der Franziskanerkirche in Marburg zu leben. Die heilige Elisabeth starb mit 24 Jahren am 17. November 1231 in Marburg. Anlässlich ihrer Heiligsprechung schon vier Jahre nach ihrem Tod durch Papst Gregor IX. sollen sich mehr als eine Million Menschen aus den deutschen Ländern, aus Ungarn, Böhmen, Frankreich,

Spanien und Italien versammelt haben. Der 19. November Elisabeths Gedenktag. Sie ist Patronin von Thüringen und Hessen, der Witwen und Waisen, Bettler, Kranken, unschuldig Verfolgten und Notleidenden, der Bäcker, Sozialarbeiter und Spitzenklöpplerinnen, des Deutschen Ordens, der Caritas-Vereinigungen, des Bistums Erfurt und zweite Patronin des Bistums Fulda.



Bild von © Wikimedia Commons

Schluss damit und darum ... Alle Wahlplakate - wie schnell doch die Zeit vergeht

VON BORIS WOLKOW



Foto von © I-f-GE

Betrachtet man alte Wahlplakate und vergleicht sie mit dem, was heute in der Politik so passiert und wer heute zu welchen

Staunen nicht heraus. Wie war das noch mit dem Aus-der-Geschichte-Lernen?

Und „wie war die Welt vor alle dem noch so bequem...!“ So oder so ähnlich äußert sich Wilhelm Busch durch eine seiner Figuren.

Fangen wir mit der CDU an. Unter dem ersten Kanzler der BRD gab es keine Experimente, sondern dringend benötigte Solidität. Stimmt für die CDU-Politik selbst nach der Abwahl von Konrad Adenauer auch noch eine ganze Weile.

Nach 1989 blieb die CDU unter Helmut Kohl nicht mehr so wachsam gegenüber der Ideologie der scheidenden Sowjetunion. Das hatte sich dann schon einmal geändert, wobei Michail Gorbatschow und Helmut Kohl gut miteinander konnten. Also hatte sich die Wachsamkeitspolitik der CDU

gegenüber der Sowjetideologie bzw. dem neuen Partner Russland geändert. Man achtete dann nicht mehr darauf, dass sich der Deutsche Michel den Ast, auf dem er sitzt, selbst absägt. Man entwickelte politische und wirtschaftliche Partnerschaften, sehr zum Verdruss der USA.

Ganz anders heute wiederum, da kommt ja, wenn man der CDU Glauben schenken mag, alles Übel wiederum aus dem Osten, diesmal aus Russland, das man mit Krieg überziehen muss, auf Geheiß der USA, um den Deutschen Michel und Europa und die Freiheit und, und, und ... zu schützen. Wofür steht jetzt also noch einmal die CDU? Sogar für Krieg?

Ähnliches ist bei der SPD zu beobachten. Die SPD-Friedenspartei, ggf. im Schulterschluss mit den ja ach so

friedliebenden Linken – radikale, gewaltbereite Antifa, wir grüßen dich - warb in der jungen Bundesrepublik einmal mit „Schluss damit darum SPD“ über einem Foto einer gerade explodierenden Bombe, den Krieg symbolisierend.

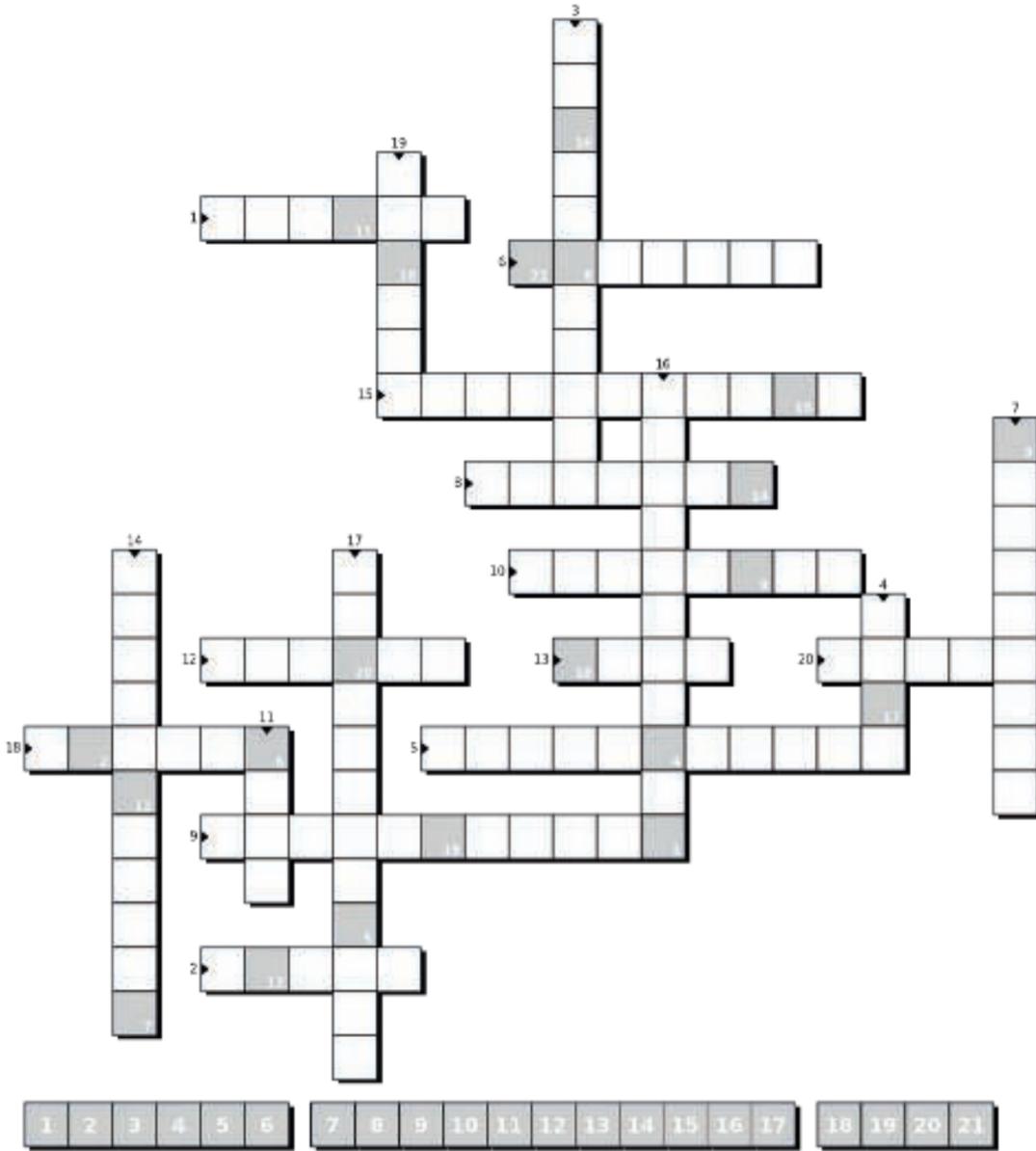
Das mutet heute seltsam an, da gerade Kanzler Scholz, auf Geheiß der USA, ebenso wie alle anderen Parteien, außer der AfD, erklärt hat, dass nun doch Waffen, deren Reichweite bis ins russische Hinterland geht, in die Ukraine geliefert werden dürfen. Dabei ist das nicht unser Krieg!!!

Und wo bleibt da die Sicherheit für die Familie? Also, wofür steht jetzt noch einmal die SPD? Heute etwa für Krieg?

So ist das mit dem Wertewandel, er macht auch nicht vor den Parteien halt!

12 | Unterhaltung

Kreuzworträtsel



1. sehr groß
2. sehr schlank
3. sehr schön
4. sehr dick
5. sehr unsicher
6. sehr brutal
7. sehr hell
8. sehr dunkel
9. sehr beliebt
10. sehr unappetitlich
11. sehr grün
12. sehr alt
13. sehr lange Zeit
14. sehr durchsichtig
15. sehr scharf
16. sehr klug
17. sehr schnell
18. sehr laut
19. sehr klein
20. sehr schlecht

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online Kreuzworträtsel Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

Sudoku

Das Ziel dieses Logik-Rätsels ist das große 9x9-Gitter mit den Ziffern 1 bis 9 so zu füllen, dass jede Ziffer sowohl in jeder der 9 3x3-Einheiten genau einmal vorkommt – und ebenso in jeder 9-er Zeile und 9-er Spalte (waagrecht und senkrecht) jede Ziffer nur einmal vorkommt.

Viel Spaß dabei.

	9	7	6		1	2		
2	8						6	7
	5		2	4	7			8
6	7					8		5
		5	3					
		9	8		2	7		6
5						3	1	
		3			8			4
7						5	8	9

8		5	9	1				
6		2	7	5	8			
1	3	7				5	8	
	6			2		1		
	1	3	8	6			7	
	5		1	9			4	3
	7		5					
				7			1	
5	8		4			7		6

Erstellt auf <https://www.kompf.de/sudoku>